Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 286 — **Bromberg, Donnerstag, den 14. Dezember 1933** — **57. Jahrg.**

Frankreich kämpft gegen zwei Fronten.

Lebhafte Bemühungen um Italien und England.

Frankreich fühlt in zunehmendem Maße, daß es gegenwärtig um die politischen Stellungen kämpft, die es in den Jahren nach Versailles sorgfältig ausgebaut hatte und die es auch gegen Flankenangriffe und gefährliche Umfassungen gesichert zu haben glaubte. Der deutsche Schritt vom 14. Oktober, mit dem der Austritt aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund erklärt wurde, hat — das ist allerdings erst im Laufe der folgenden Wochen offenbar geworden — die taktische Lage Frankreichs vollkommen verändert. Wo es Flankensicherungen vermutete, sieht es sich plötzlich Fronten gegenüber, die vorsichtig gegen die französische Stellung vorfühlen und gegen die die französische Politik alle Mittel der Abwehr einsetzt, um nicht überrumpelt zu werden.

Wäre Deutschland nicht aus dem Völkerbund ausgetreten, so würde die italienische Haltung zu dieser Genfer Institution wohl kaum so schroff geworden sein, wie sie sich in dem jüngsten Beschluß des Großen Faszistischen Rats ausdrückt. In Frankreich fühlt man deutlich, daß nach all den vorangegangenen Schwächungen des Völkerbundsansehens die italienische Forderung auf radikale Bundesreform die Frage von Sein oder Nichtsein des Völkerbundes aufgerollt hat. Er ist aber nun einmal der Hauptstützpunkt der französischen Europapolitik und das Schlüsselwerk für Versailles. Also hat man in Paris den Reformgedanken, nachdem man sich von der ersten Überraschung erholt hatte, rundweg abgelehnt. Die Offenheit und die Unbedingtheit, mit der Paul-Boncour das tat, ist sogar angesichts des französischen Bestrebens, die Verbindung mit Italien lebendig zu erhalten, verwunderlich. In Rom wird man aber nicht geneigt sein, auf das französische Nein hin die kategorische Reformforderung einfach fallen zu lassen, und so sieht sich Frankreich jetzt genötigt, mit allen Künsten der Überredung auf Italien einzuwirken, um, wenn es schon nicht gelingt, die Erörterung des Reformplanes grundsätzlich zu verhindern, ihn wenigstens praktisch unschädlich zu machen. Man hat Erfahrungen darin.

Allerdings braucht es dazu auch die Unterstützung Englands, und es ist rührend zu sehen, wie die französische Presse sich bemüht, den Staatsmännern in London klarzumachen, daß ihre Haltung gar keine andere sein könne als die Frankreichs; denn England habe den Völkerbund immer aus glühender Überzeugung verteidigt und durch die Vertretung der Dominions in Genf nehme es dort sogar eine bevorzugte Stellung ein. Wie gut, daß Frankreich die Britische Regierung daran erinnert. Es hätte ihr entfallen sein können.

Die Haltung des englischen Kabinetts ist der Regierung in Paris aber auch aus einem anderen Grunde noch verdächtig. Wenn sie ihre Völkerbundsposition durch Italien bedroht sieht, fühlt sie, daß von England aus der Angriff auf ihre Stellung in der Abrüstungskonferenz ausgehen könnte. Lord Tyrrell, der britische Botschafter in Paris, war soeben in London, um seine Regierung über den Inhalt des Gesprächs, das der deutsche Reichskanzler mit François-Poncet geführt hat, und über die Auffassung des französischen Kabinetts zu den behandelten Fragen zu informieren. Gleichzeitig hat man in London den Bericht über die Unterhaltung zwischen Hitler und Sir Eric Philipps erhalten. Sie soll die gleichen Punkte berührt haben wie die vorangegangene mit dem französischen Botschafter. Und die französische Presse behauptet, Deutschland verlange als erste und wesentliche Vorbedingung für seine Zustimmung zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention die eigene tatsächliche Aufrüstung bis zum Stande der anderen Mächte. Das Auswärtige Amt in London habe daraufhin in Berlin neue genauere Aufschlüsse über die wirklichen Absichten Deutschlands erbeten.

Das beunruhigt in Paris. Die Rückfrage in Berlin könne immerhin so gedeutet werden, daß England eventuell geneigt wäre, das Prinzip einer solchen Aufrüstung Deutschlands anzuerkennen. Dieses Prinzip aber widerspräche dem Übereinkommen, das am 14. Oktober über die Kontrolle, die Probezeit und die Ablehnung jeder Aufrüstung des Reiches abgeschlossen worden sei. Will England dieses Übereinkommen preisgeben? Der „Temps" ist unfreundlich genug, darauf aufmerksam zu machen, daß es der englische Außenminister Sir John Simon selbst war, der dem Bureau und dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz dieses Abkommen vorgelegt habe.

Frankreich bereitet auch schon die Aufnahmestellung vor, in die es sich zurückziehen will, wenn die Bedrängungen von englischer und italienischer Seite zu hart werden sollten. Es ist die Forderung nach einer solidarischen Garantie für die Sicherheit Frankreichs; für jene Sicherheit, die nicht nur durch einen lückenlosen Festungsgürtel von Beton und Eisen an der französischen Ostgrenze, sondern auch durch den Locarno-Vertrag und den Kellogg-Pakt stärker garantiert ist als die irgend eines anderen Landes. Gegenüber diesem sich immer deutlicher abzeichnenden strategischen Plan verstummen die Stimmen immer mehr, die zeitweilig auch in Frankreich sich für einen offenen ehrlichen Akkord mit Deutschland aussprachen. **B.**

Der deutsche Reichstag eröffnet.

Präsident: Göring, Vizepräsidenten: Kerrl, Esser, von Stauß.

Berlin, 13. Dezember.

Aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages zeigte die Reichshauptstadt gestern reichen Flaggenschmuck. Mittags um 12 Uhr fand im Berliner Dom in Anwesenheit des Reichspräsidenten, mehrerer Reichsminister sowie zahlreicher Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der SA und fast aller Reichstagsabgeordneten evangelischen Glaubens ein feierlicher Festgottesdienst statt, bei dem Hofprediger D. Doehring die Festpredigt hielt und Reichsbischof Müller Gebet und Segen sprach. Die katholischen Mitglieder des neuen Reichstages versammelten sich in der St. Hedwigs-Kathedrale, die die weißgelbe Kirchenfahne gehißt hatte, zu einem feierlichen Hochamt, an dem u. a. auch Vizekanzler von Papen teilnahm.

Als Auftakt für die Reichstags-Eröffnung fand am Montag abend im Plenarsitzungssaale des Preußischen Landtagsgebäudes die erste Sitzung der Nationalsozialistischen Reichstags-Fraktion, der einzigen Fraktion des neuen Reichstages, verbunden mit der feierlichen Verpflichtung der neuen Abgeordneten auf den Führer statt.

Reichsminister Dr. Frick

eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. „Zum ersten Mal", führte der Minister aus, „tritt ein Reichstag zusammen, der aus nur einer Partei besteht. Sie ist damit zum alleinigen Träger des Staates geworden. Dieser gewaltige, in der Geschichte kaum dagewesene Siegeslauf einer weltanschaulichen und politischen Bewegung ist das Werk des genialen Führers Adolf Hitler. Der 14. Oktober und der 12. November 1933 werden einmal in der Geschichte als Höhepunkt der genialen Staatskunst des geborenen Führers verzeichnet sein.

Diese weltgeschichtliche Leistung des Führers, die Zusammenschweißung des deutschen Volkes zur Nation, verpflichtet auch uns. Kein noch so großer Sieg und Erfolg soll uns übermütig machen, sondern jeder neue Sieg und Erfolg soll uns nur ein neuer Ansporn sein im Kampf um das Ziel, dem idealistischen Wunschbild des nationalsozialistischen Staates näher zu kommen und es mehr und mehr zu verwirklichen. Das sei unser Gedanke und unser Treuegelöbnis an den Führer, der nun zu Ihnen sprechen wird."

Sodann nahm

Reichskanzler Adolf Hitler

das Wort. In seiner außerordentlich eindrucksvollen Ansprache entwarf er ein Bild der großen geschichtlichen Aufgabe, vor die die nationalsozialistische Staatsführung heute gestellt sei und die sie verantwortungsbewußt in Angriff nehme. Nachdem es nunmehr gelungen ist, den Marxismus und seinen Wegbereiter, die antinationale Demokratie von Grund auf zu beseitigen, werde keine Macht in Deutschland mehr den von der nationalsozialistischen Bewegung erkämpften wahren Volksstaat stürzen können. Das ganze deutsche Volk habe am 12. November vor aller Welt dokumentiert, daß es geschlossen hinter dem Willen der Regierung steht.

Dem deutschen Volke sei am 12. November ein Erfolg beschieden gewesen, der einzigartig sei in der Geschichte der Völker. An diesem Tage, so rief der Führer unter stürmischer Zustimmung aus, hätten wir bewiesen, daß wir ein anständiges und bis ins Innerste gesundes Volk seien.

Die NSDAP habe erreicht, wofür sie 14 Jahre gekämpft habe. Dafür habe sie aber auch vor der Geschichte eine unerhörte Verantwortung übernommen; denn auf ihr ruhe heute das Schicksal der ganzen deutschen Nation und sie habe nun zu erfüllen, was Jahrhunderte gewollt und ersehnt haben. Die Bewegung habe sich zu fühlen als die Begründerin einer neuen Tradition in unserem Volke. „Dieses Votum hat euch verpflichtet, die Voraussetzungen zu schaffen für einen Neubau der Nation auf Jahrhunderte hinaus." Der neue Reichstag habe die Aufgabe, erstens mit seiner Autorität die große Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Staatsführung zu unterstützen, und zweitens, durch die Partei die lebendige Verbindung zum Volke zu sein.

Wenn dieser Reichstag seine Pflicht erfüllt, werden wir ruhig und mit Zuversicht in vier Jahren wieder vor das Volk treten. Ich bin überzeugt, daß es uns dann ein neues und vollkommeneres Vertrauensvotum ausstellen wird. Der Führer erklärte weiter, daß er immer wieder an das Volk appellieren werde, allein schon deshalb, damit die Bewegung ebenso verstanden bleibe wie bisher und etwaige Fehler, die ihr unterlaufen, rechtzeitig erkenne.

Von dem neuen Reichstag müsse es dereinst heißen, daß er der jüngste, mutigste und kühnste gewesen sei und die großen Aufgaben der Geschichte, an denen Jahrhunderte gescheitert seien, gelöst habe. Von jedem müsse erwartet werden, daß er ein Kämpfer sei, mutig, gerade, trotzig und treu bis zum letzten Atemzuge. Der Führer sprach von der unerhörten Macht dieses kleinen Wortes: treu. So wie er der Bewegung die Treue gehalten habe, so verlange er von jedem, daß er ihm die Treue halte.

Das Treuegelöbnis.

Als der Führer seine Rede beendet hatte, legte Reichsminister Dr. Frick im Namen der versammelten nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten dem Führer das feierliche Gelöbnis in die Hand, in unverbrüchlicher Treu in guten und in bösen Tagen zu ihm zu stehen. Dr. Frick schloß die Kundgebung mit einem dreifachen Kampf- und Sieg-Heil auf Deutschland und den Führer.

Der Eröffnungsakt in der Kroll-Oper.

Lange vor 3 Uhr begann sich der Saal im Kroll-Gebäude zu füllen. Das Parkett bildet ein Meer von schwarzen und braunen Uniformen. Nur ganz wenige Abgeordnete, meist Nicht-Parteimitglieder, sind im Zivilanzug erschienen. An den Regierungstischen haben einige Staatssekretäre und höhere Beamte Platz genommen. Die Tribünen sind dicht gefüllt. In der Diplomaten-Loge sieht man u. a. den italienischen Staatssekretär des Auswärtigen Suvich.

Präsident Göring eröffnet die Sitzung, die knapp 15 Minuten dauert. Bei der Wahl des Präsidiums wurden durch Zuruf gewählt:

zum Präsidenten des Reichstages der bisherige Präsident Abg. Göring,
zum Stellvertreter des Präsidenten der bisherige Präsident des Preußischen Landtages Abg. Kerrl,
zum weiteren Stellvertreter der bisherige Präsident des Bayerischen Landtages Abg. Esser,
zum dritten Stellvertreter der Abg. von Stauß.

Im Anschluß hieran erteilt der Reichstag dem Präsidenten die Ermächtigung, die wichtigsten Ausschüsse zu besetzen, sowie Termin und Tagesordnung für die nächste Sitzung des Plenums zu bestimmen.

Die politische Bedeutung der gestrigen Sitzung bestand in einer Ankündigung Görings, der erklärte, daß er die Ausführungen, die er als Präsident zur Lage zu machen hätte, auf jenen Tag zurückstelle, an dem der Reichskanzler selbst im Reichstag das Wort ergreifen wird.

Vor Neujahr keine Entscheidung.

Über die Politik der nächsten Zeit schreiben die „Times" u. a.: Die Englische Regierung werde weiterhin bestrebt sein, die „parallelen und ergänzenden" diplomatischen Verhandlungen zu fördern, auf die man sich in der letzten Sitzung des Bureaus der Abrüstungskonferenz geeinigt hätte, um auf diese Weise den Totlauf der Abrüstungsverhandlungen zu überwinden.

Man werde die enge Fühlung mit Paris, Berlin und Rom aufrecht erhalten

und die zweiseitigen Besprechungen unterstützen. Die gegenwärtigen Mitteilungen, die zwischen den Hauptstädten Europas ausgetauscht würden, dienten vorläufig nur zur Klärung der gegenseitigen Auffassungen. Wahrscheinlich werde die Englische Regierung später die Aufgabe haben, die Ergebnisse aufeinander abzustimmen, nachdem die Besprechungen etwas weiter gediehen seien. Sir John Simon und Henderson arbeiteten im übrigen eng zusammen.

Lord Tyrrell sei, so berichtet „Daily Mail", nicht in der Lage gewesen, den Zweck seines Besuches in London in vollem Umfange zu verwirklichen. Er werde den französischen Ministern nur mitteilen können, daß die Englische Regierung ihr Äußerstes tue, um für den Frieden Europas zu arbeiten. Sie sei der Ansicht, daß jede Möglichkeit erschöpft werden solle, um der sterbenden Abrüstungskonferenz neues Leben einzuhauchen. Sollte dies fehlschlagen,

so werde England eine Vier-Mächte-Zusammenkunft in einem neutralen Ort begrüßen.

Greifbare Ergebnisse könne man frühestens im Januar erwarten, meint der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph". Die jetzigen Besprechungen würden auch weiterhin nur der Aufklärung dienen, bis man eine Erfolg versprechende Grundlage für Verhandlungen gefunden habe. Wenn auch vielleicht jetzt eine Art Stillstand eingetreten zu sein scheine, so seien die Dinge doch noch im Fluß, namentlich wenn man die italienischen Bemühungen um eine Verständigung zwischen Berlin und Paris berücksichtige.

Auch der sozialistische „Daily Herald" glaubt, daß vor Neujahr keine Entscheidung fallen werde.

*

Persönlicher Gedankenaustausch Chautemps — Macdonald

Paris, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Botschafter, der Dienstag wieder aus London zu-

rückgekehrt ist, wird Mittwoch von Paul-Boncour empfangen werden. Lord Tyrrell wird dem französischen Außenminister bei dieser Gelegenheit voraussichtlich den Standpunkt der Englischen Regierung zu den französisch-deutschen Verhandlungen darlegen, wobei vor allem die Frage der deutschen Forderungen auf Abrüstung und Gleichberechtigung berührt werden dürfte.

In politischen Kreisen ist das Gerücht aufgetaucht, daß Ministerpräsident Chautemps und Außenminister Paul-Boncour unter Umständen Wert auf einen persönlichen Gedankenaustausch mit Macdonald und Sir John Simon legen würden, ehe sie die deutsch-französischen Verhandlungen aufnehmen.

Kombinationen der französischen Presse
über die Unterredung zwischen Hitler und Francois Poncet.

Paris, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die **Pariser Morgenpresse ist jetzt im Besitz weitgehender Informationen über die Unterredung zwischen Reichskanzler Hitler mit dem französischen Botschafter in Berlin, nachdem der Ministerrat sich inzwischen mit dem Bericht beschäftigt hat, den François Poncet an den Quai d'Orsay gesandt hatte.**

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die diesbezüglichen Informationen von zwei politisch entgegengesetzten Blättern, wie das des „Echo de Paris" und des „Oeuvre" decken. Dies deutet darauf hin, daß beide Blätter bei ihren Mitteilungen von oben beeinflußt worden sind. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" Pertinax ebenso wie Genevive Tabouis im „Oeuvre" glauben zu wissen, daß der Führer seine Haltung hinsichtlich der Stärke der Reichswehr geändert hat, doch hat er sich nach wie vor in der Frage der Verbände geweigert, irgendein Entgegenkommen zu bezeigen.

Der Reichskanzler habe sich zur Beruhigung Frankreichs entschlossen, eine Reihe von Nichtangriffspakten mit seinen Nachbarn abzuschließen.

Das „Echo de Paris" fordert eine Garantie für die Aufrichtigkeit der Reichsregierung (!). Man müsse sich fragen, so betont das Blatt, ob der Locarno-Vertrag durch neue Verträge verstärkt würde oder ob nicht gerade das Gegenteil der Fall sei. **Frankreich dürfe seine Haltung jedenfalls nicht ändern und müsse sich nach wie vor einer Aufrüstung Deutschlands widersetzen.**

Die Französische Regierung wird voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag zu einem neuen Ministerrat zusammentreten. Bis dahin wird der französische Außenminister dem englischen Botschafter in Paris den Standpunkt seiner Regierung darlegen und auch den tschechischen Außenminister Benesch über die französische Haltung unterrichtet haben. Das „Oeuvre" schreibt in diesem Zusammenhang, daß der englische Botschafter noch einmal nachdrücklich auf die

Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung

hinweisen und die Französische Regierung auffordern werde, den Abschluß eines deutsch-französischen Nichtangriffspaktes in nähere Erwägung zu ziehen.

Rauschnings Besprechungen in Warschau

Über den Besuch des Danziger Senatspräsidenten Dr. Rauschning in Warschau und seine dortigen Besprechungen wird jetzt von der amtlichen Polnischen Telegraphen-Agentur und von der Pressestelle des Danziger Senats folgendes gleichlautende amtliche Presse-Communiqué veröffentlicht:

In Fortsetzung der Bemühungen beider Regierungen, die zwischen Danzig und Polen schwebenden Fragen in ihrer Gesamtheit zu lösen, stattete Herr Präsident Dr. Rauschning am 11. und 12. d. M. einen Besuch in Warschau ab.

Gegenstand der Aussprache waren vornehmlich die Voraussetzungen für eine dauernde Befriedung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen. Außerdem wurde auch eine Reihe von Streitfragen, die bisher noch nicht durch die Völkerbundinstanzen entschieden sind, erörtert. Die Aussprache ergab Übereinstimmung in dem Ziel, die wirtschaftlichen Beziehungen so zu gestalten, wie sie der Gemeinsamkeit des Wirtschafts- und Zollgebiets entsprechen, wobei die besondere Struktur der Freien Stadt durch geeignete Maßnahmen berücksichtigt werden könnte. Die stattgefundenen Besprechungen werden die Basis für demnächst aufzunehmende Verhandlungen der Sachbearbeiter bilden, wobei die Klärung der noch offen stehenden Fragen im beiderseitigen Einvernehmen angestrebt wird.

Danziger Verfassungsänderung und Polen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Im Zusammenhange mit dem Aufenthalt des Danziger Senatspräsidenten Dr. Rauschning wird in den Gesprächen über die polnisch-Danziger Beziehungen in den hiesigen politischen Kreisen u. a. die Meinung ausgesprochen, daß Dr. Rauschning außer dem Bestreben, in einer Reihe von strittigen wirtschaftlichen Fragen mit der Polnischen Regierung ein Einvernehmen zu erzielen, sich die Aufgabe gestellt habe, die Ansichten der polnischen maßgebenden Kreise dahin zu sondieren, ob Möglichkeiten dafür bestehen, daß Danzig die Einwilligung Polens in eine Änderung der Danziger Verfassung im Geiste des Nationalsozialismus erwirken würde.

Eine Verfassungsänderung Danzigs erfordert natürlich die Einwilligung des Völkerbundes. Indessen, meint man, würden im Falle eines Einverständnisses Polens von keiner anderen Seite Einwendungen gegen eine Verfassungsänderung Danzigs zu gewärtigen sein.

Der Staatshaushalt in der Sejmkommission.

Am Montag vormittag fand die erste Sitzung des Haushalts-Ausschusses des Sejm statt, in der mit den Beratungen über den Staatshaushalts-Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1934/35 begonnen wurde. Über den

Etat des Präsidenten der Republik

erstattete der Abg. **Czuma** vom Regierungsklub Bericht. Hieraus erfuhr man über die Arbeiten, die im laufenden Jahre in den Repräsentations-Gebäuden vorgenommen wurden. Die Ausgaben dieser Haushaltsposition betragen 2 840 250 Złoty, darunter das Gehalt des Staatspräsidenten 255 000 Złoty, die Ausgaben für die Zivilkanzlei 1 640 330 Złoty und die des Militär-Kabinetts 905 920 Złoty. Der Verfügungsfonds des Präsidenten der Republik beträgt 60 000 Złoty, und für Repräsentationskosten sind 228 000 Złoty vorgesehen. Bemerkenswert ist, daß eine gewisse Kategorie der Repräsentations-Ausgaben im dauernden Steigen begriffen ist; die Zahl der Taufpaten des Präsidenten nimmt bedeutend zu. Im Jahre 1930 betrug sie 125, im Jahre 1931 — 136, im Jahre 1932 — 197 und vom 1. Januar bis zum 4. Dezember d. J. 228. Jedes Patenkind erhält ein Sparbuch der PKO in Höhe von 50 Złoty. Die Ausgaben für Geschenke aus Anlaß von Silbernen und Goldenen Hochzeiten haben bis zum 4. Dezember 5500 Złoty betragen.

In der Aussprache kündigte der Abg. **Swiatkowski** (PPS) bei der Beratung der Etats der einzelnen Minister eine Interpellation über die Verordnungen des Staatspräsidenten sowie über die Todesurteile an. Im Laufe der letzten drei Jahre hat es etwa 300 Todesurteile gegeben. Abg. **Rymar** vom Nationalen Klub fragte, ob die Regierung in der Tat beabsichtige, die Zahl der Repräsentations-Gebäude für den Staatspräsidenten um zwei zu vermehren, und zwar je ein Gebäude für diesen Zweck in Wilna und Grodno zu erwerben. Der Chef der Zivilkanzlei erwiderte, daß er mit einem ähnlichen Antrage nicht hervorgetreten sei, und ihn auch nicht zu stellen beabsichtige.

In der Aussprache über den

Etat der Obersten Kontrollkammer

stellte der Abg. **Rymar** fest, daß sowohl der Voranschlag als auch der Bericht der Obersten Kontrollkammer den vorjährigen wie Zwillinge ähnlich seien und dieselben kritischen Bemerkungen erforderten. Was die Beendigung des Baues des Gebäudes für die Oberste Kontrollkammer anbelangt, so sind für diesen Zweck zwei Millionen erforderlich, der Voranschlag enthält jedoch lediglich einen Kredit von 250 000 Złoty. Solcher angefangenen Gebäude gibt es im Lande viel. Statt das Geld auf gewisse Punkte zu konzentrieren und die begonnenen Bauten zu Ende zu führen, werden geringe Summen für verschiedene Gebäude ausgeworfen, aber es wird nichts beendet. Die Oberste Kontrollkammer, die auf der Wacht eines gewissen Plans und einer gewissen Ordnung stehen müßte, sollte selbst mit einem guten Beispiel vorangehen. Das in der Versicherungsanstalt für geistige Angestellte aufgenommene Darlehn zum Bau des Gebäudes kann nicht gutgeheißen werden, denn die Versicherungsanstalt finanziert Wohnungsbauten, nicht aber Regierungsgebäude. Der Präsident der Obersten Kammer, General Krzemieński, erklärte im Anschluß hieran, daß das Gebäude der Obersten Kontrollkammer in diesem Jahre mit dem von der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter für zehn Jahre geliehenen Gelde zu Ende geführt werden wird.

Außenpolitische Aussprache gefordert.

In der Montag-Sitzung des Sejm brachten einige Klubs verschiedene Anträge und Interpellationen ein. U. a. wurden Anträge des Nationalen Klubs und der Bäuerlichen Volkspartei über die Gemeindewahlen vorgelegt, ferner ein weiterer Antrag der Volkspartei über die Verhältnisse in Mittelgalizien. Der Sejmmarschall hat bis jetzt diese Anträge noch nicht zur Kenntnis genommen.

Die den Oppositions-Parteien angehörenden Mitglieder der Außenkommission des Sejm haben dem Vorsitzenden der Außenkommission einen Antrag übermittelt, in welchem dieser ersucht wird, im Verlaufe von fünf Tagen eine Sitzung der Außenkommission einzuberufen. In dem Antrag heißt es u. a.:

„Zuletzt war die Außenkommission am 22. Februar zusammengetreten, wobei eine Aussprache über das Exposé des Außenministers Beck stattgefunden hat. Seitdem wurden auf parlamentarischem Gebiet die außenpolitischen Fragen Polens nicht mehr besprochen, obgleich in der internationalen Politik Ereignisse von weittragender Bedeutung eingetreten sind. Der Sejm ist seit dem Mai nicht mehr zusammengetreten. In Anbetracht dessen erachten die unterzeichneten Abgeordneten die Einberufung der Kommission als eine dringende Notwendigkeit."

Der Vorsitzende der Außenkommission, Abg. Radziwill, hat daraufhin die Sitzung dieser Kommission für den 15. d. M., nachmittags 5 Uhr, anberaumt.

Schlußtagung des Großen Faszistenrats.

Wie aus Rom unter dem 10. Dezember gemeldet wird, hat der Große Faszistenrat in einer langen Nachtsitzung, die bis in die vierte Morgenstunde des Sonntags andauerte, das „Gesetz zur Gründung der Korporationen" durchberaten und damit seine Herbstsitzung beendet.

Das Gesetz besteht aus 15 Artikeln und ist ein Rahmengesetz, das nur die allgemeinste Fassung für den Aufbau, die Rechte und Aufgaben sowie die Verbindung der Korporationen mit den Staats- und Partei-Organen gibt. Wesentlich ist Artikel 1, der besagt, daß die Korporationen durch Erlaß des Chefs der Regierung auf Vorschlag des Korporationsministers und unter Anhörung des korporativen Zentralausschusses gegründet werden. Alle Einzelheiten des Aufbaues bleiben also dem Gründungserlaß vorbehalten. In dem Gesetz ist dem Chef der Regierung auch die Ernennung eines Ministers oder Staatssekretärs oder des Parteisekretärs zum Vorsitzenden der Korporationen, ferner die Bestätigung der Mitglieder der Ratsausschüsse der einzelnen Korporationen vorbehalten. Wie viel Mitglieder ein Ratsausschuß haben soll und wie viel davon jeweils von den jeder Korporation angehörenden Verbänden aufgestellt werden sollen, bestimmt ebenfalls der Gründungserlaß.

Das Gesetz legt ferner in allgemeinster Form die Aufgaben der Korporationen fest, und zwar sollen sie Normen aufstellen zur kollektiven Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Disziplinierung der Produktion. Ferner üben sie schlichtende Tätigkeit aus. Jedoch werden die gesamten Aufgaben der nachträglichen Sanktionierung durch den Chef der Regierung unterstellt. Ferner kann der Chef der Regierung innerhalb der Korporationen sowie zwischen den Korporationen besondere Ausschüsse bilden lassen und auflösen.

Im letzten Artikel wird schließlich festgelegt, daß durch königlichen Erlaß die Zusammensetzung des Nationalrates der Korporation verändert werden wird.

Belgische Lektion für den französischen Saarhunger.

TU **Berlin, 11. Dezember. „Libre Belgique"** befaßt sich in einem Leitartikel mit dem Saarproblem. Der Artikel, wie das Brüsseler Blatt überhaupt, sind natürlich alles andere als hitlerfreundlich, aber das hindert nicht, daß dem französischen Nachbarn Wahrheiten gesagt werden, die wir zumindest von dieser Seite nicht gewöhnt sind.

„Die Saar ist nach Rasse und Sprache deutsch. Frankreich gedachte sie im ersten Siegestaumel zu annektieren; das zaristische Rußland hatte dem schon während des Krieges zugestimmt, aber Wilson und Lloyd George ließen sich nicht herumkriegen."

Der belgische Kritiker macht sich offen über die „historischen Argumente" lustig, mit denen die Franzosen heute noch an der Saar operieren. Wenn — nach französischer Ansicht — der heutige deutsche Charakter der Saarbevölkerung auf eine deutsche Einwanderung in den letzten 100 Jahren zurückgeht (!), so klammern sie sich daran, daß das Land „früher" französisch gewesen sei. „Eine kühne Behauptung", so schreibt dazu die „Libre Belgique", „denn war nicht ganz Belgien einmal französisch?"

Der Artikel schließt mit dem Rat, die Abstimmung, die unvermeidlich sei, doch schon 1934 vorzunehmen. Wie nötig die Franzosen eine solche Lektion haben, zeigt ein Blick auf die Artikelserie des Saarkorrespondenten Gabriel Perreux im „Paris Midi". Tapfer hat er vor einem Saarbrücker Schaufenster eine Abteilung — Bleisoldaten im Braunhemd geknipst; nachdem der Leser damit schon die Gänsehaut bekommen hat, wird ihm eine ganze Serie von Schauermärchen vorgesetzt. Man bekommt das Gefühl, als könnte sich ein armer Franzose heute in Saarbrücken gar nicht mehr auf der Straße sehen lassen!

Diese Verdrehungen richten sich von selbst; ihnen kann aber nur gesteuert werden, wenn die Wahrheit über die Saar durch deutsche und objektive Beobachter, wie durch jenen Belgier, verbreitet wird.

Auch Portugal will aufrüsten.

Die großen politischen Ereignisse der jüngsten Zeit haben einen keineswegs uninteressanten Vorgang in Portugal stark in den Hintergrund gedrängt, so daß er fast völlig unbeachtet geblieben ist. Gelegentlich einer Presseunterredung äußerte sich der Chef des Stabes des Marineministers über die kommende Marinepolitik seines Landes. Seiner Ansicht nach genüge das gegenwärtige Bauprogramm den Bedürfnissen keineswegs, es müsse vor allem durch den Bau von Kreuzern und Flugzeugträgern ergänzt werden. Insbesondere sei auch die Stärke der Flotte auf die gleiche Höhe zu bringen, wie sie das benachbarte Spanien bereits besitze.

Portugal wird aller Voraussicht nach kaum je in die Lage kommen, von einer Kriegsflotte Gebrauch machen zu müssen, könnte also auf eine Verstärkung der bereits vorhandenen Bestände ruhig verzichten. Das weiß man auch in Lissabon. Interessant wäre es daher zu erfahren, wem gegebenenfalls die neuzubauenden portugiesischen Kriegsschiffe zur Verfügung stehen würden.

Anton Svehla †.

In Prag starb am Dienstag im Alter von 60 Jahren Anton Svehla, der Führer und Gründer der mächtigsten tschechischen Partei, der tschechischen Agrarpartei. Svehla war dreimal Ministerpräsident gewesen. Sein Tod ist ein ungeheurer Verlust für das gesamte tschechische Volk. Mit Masaryk und Benesch bildete Svehla das Dreigestirn der großen Führer des tschechoslowakischen Volkes. Im Ausland war zwar sein Name nicht so bekannt, wie der Masaryks und Beneschs, da er nicht liebte, an die Öffentlichkeit zu treten. Sein Einfluß in der Innenpolitik war aber selbst noch in den Jahren, als er schwerkrank darniederlag, dominierend.

Paraguay meldet vollständigen Sieg.

Annuncion (Paraguay), 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das paraguayanische Kriegsministerium gibt bekannt, daß der zweimonatige paraguayanische Angriff gegen die bolivianischen Truppen im Abschnitt Zenteno-Gondra **mit einem vollständigen Siege Paraguays** geendet hat. Die paraguayanischen Truppen hätten in dieser Zeit 13 bolivianische Regimenter, insgesamt 700 Offiziere und 10 000 Mann, gefangen genommen.

Über die Lage in Bolivien und im Gran Chaco liegen verschiedene sich teilweise widersprechende Meldungen vor. Aus Asuncion wird berichtet, daß die Bevölkerung von Paraguay bereits den endgültigen Sieg im Gran Chaco feiert. Der paraguayanische Kriegsminister teilt mit, daß der Gran Chaco-Krieg so gut wie beendet und daß die bolivianische Armee vollständig geschlagen sei. In einem Bericht aus Santiago de Chile wird diese Meldung bestätigt. **Die Waffenstreckung von 130 000 bolivianischen Truppen habe dem bolivianisch-paraguayanischen Krieg ein Ende gemacht.**

Über der bolivianischen Hauptstadt La Paz hänge eine schwarze Wolke der Trauer und Verzweiflung. Meldungen aus La Paz zufolge hat die Bolivianische Regierung zunächst dementiert, daß eine Revolte in Bolivien ausgebrochen sei. Der paraguayanische Anspruch auf einen entscheidenden Sieg wird aber weder bestätigt noch dementiert.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 13. Dezember 1933.

Krakau — 2,83, Zawichost + 1,72, Warschau + 1,26, Plock + 1,40, Thorn + 0,87, Fordon + 0,97, Culm — 0,08, Graudenz — 0,08, Kurzebrak — 0,04, Pieckel — 0,67, **Dirschau — 1,12, Einlage + 2,14, Schiewenhorst + 2,26.**

Eine ruinöse städtische Steuer.

Bromberg, 13. Dezember.

So erfreulich es ist, zu sehen, wie dank dem energischen Eingreifen der Gesetzgebung zur Behebung des Wohnungsmangels namentlich in den größeren Städten und deren Umgebung zahlreiche Wohnhäuser aus der Erde wachsen, so betrachtet diese Erscheinung doch so mancher brave Bürger nur mit einem heiteren und einem nassen Auge. Denn in den Städten, die wie Bromberg eine sogenannte Wohnungsluxussteuer eingeführt haben, wächst sich diese Entwicklung für die Besitzer alter Häuser mit großen Wohnungen zu einer Kalamität aus, die man nicht anders wie als mörderisch bezeichnen muß. Bekanntlich wurden den Erbauern neuer Wohnhäuser durch Gesetz eine Reihe von Privilegien zuerkannt, unter anderem 15jährige Gebäudesteuerfreiheit und Einkommensteuerfreiheit für das in den neuen Häusern investierte Kapital. Diese Maßnahme war nötig, weil sie das sicherste Mittel war, die Bautätigkeit anzuregen und zu beleben. Die Schattenseite dieser an sich erfreulichen Entwicklung machte sich aber sehr bald bemerkbar. Das heißt: die alten Häuser mit großen Wohnungen wurden angesichts des Angebots von Wohnungen in neuen Häusern vollständig konkurrenzunfähig, und zwar selbst dann, wenn sie die an sich niedrige Miete des Mieterschutzgesetzes noch weiter herabsetzten. Heute sind Wohnungen von 5 und mehr Zimmern kaum vermietbar, da die Mieter, die solche Wohnungen bezahlen könnten, deren Familie aber kleiner ist, als die Zahl der Zimmer, naturgemäß den neuen Häusern den Vorzug geben, da für diese die sogenannte Wohnungsluxussteuer nicht in Frage kommt. Ein Umbau dieser alten großen Wohnungen in besser vermietbare kleinere ist aber in den meisten Fällen unmöglich, entweder weil sich die erforderlichen neuen Wirtschaftsräume nicht schaffen lassen, oder weil die Mittel fehlen, den Umbau durchzuführen.

Eine Stadtverwaltung, die sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den eigenen Bürgern bewußt ist, kann unserer Ansicht nach einer solchen Entwicklung nicht untätig zusehen. Sie kann unmöglich interesselos zusehen, wie eine Bevölkerungsschicht, die bisher sozusagen das Rückgrat des ganzen Gemeinwesens bildete, den Boden unter sich verliert. Sie muß vielmehr wirksame Mittel ausfindig zu machen suchen, um diesen Schaden abzuwehren oder zum mindesten ihn zu vermindern. Ein Mittel dazu ist die Aufhebung der sogenannten Wohnungsluxussteuer, die in ihrer hiesigen Verfassung in flagrantem Widerspruch steht mit den wichtigsten Grundsätzen der Volkshygiene. Während die Lehre von der Volksgesundheit Luft, Licht und ausreichenden Wohnraum als die Grundelemente für die Erhaltung der Volksgesundheit proklamiert, ist für das hiesige Statut für die Wohnungsluxussteuer die Zusammenpferchung der Menschen das oberste Gebot. Eine einzelne Person darf zwar drei Zimmer haben, aber zwei Personen dürfen nicht vier Zimmer ihr eigen nennen, und im übrigen darf eine Familie nicht mehr Zimmer haben als sie Personen zählt — sonst wird sie durch eine Steuer gestraft, deren Höhe geradezu als grotesk bezeichnet werden muß, da sie für jedes sog. überzähliges Zimmer 10 Prozent der Jahresmiete für die ganze Wohnung beträgt. Daß einmal in einer Familie Krankheit ausbrechen könnte, die eine Isolierung des Kranken notwendig machte, daran hat der Verfasser des Statuts überhaupt nicht gedacht. Auf die anderen Schönheitsfehler dieses Statuts wollen wir hier nicht eingehen, zumal wir dieses leidige Kapitel seit Jahren häufig genug behandelt haben. Da aber die Wohnungsluxussteuer heute angesichts der neuen Bautätigkeit in einem noch erheblich unvorteilhafteren Lichte erscheint, halten wir es für unsere publizistische Pflicht, auf die Gefahr hinzuweisen, die infolge dieser Entwicklung wichtige Kreise unserer Bürger bedroht. Die Aufhebung der Wohnungsluxussteuer wird natürlich die Nachteile, die sich aus der heutigen Entwicklung für die bezeichneten Kreise ergeben, zwar nicht ganz beseitigen können, aber sie wird sie sicherlich wenigstens vermindern.

Die Bürgerschaft hat durch die neuen Wahlen eine andere Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung erhalten, von der man noch nicht weiß, wie sie ihre Aufgabe im Interesse der Gesamtheit der Bürger anfassen wird. Sie würde sich aber nicht bloß um wichtige Kreise der Bürgerschaft, sondern um die ganze Stadt selbst verdient machen, wenn sie es durchsetzte, daß diese Steuer, die wie ein Alp auf breiten Bürgerschichten lastet, sobald als möglich verschwindet. Vor wenigen Jahren haben die Stadtverwaltung und -Vertretung mit recht untauglichen und recht kostspieligen Mitteln um Zuzug nach Bromberg geworben, an ein wichtiges und wirksames Mittel, nämlich an die Aufhebung der Wohnungsluxussteuer, die steuerkräftige Leute, die sich nach einem geruhsamen Wohnsitz umsehen, von Bromberg verscheucht, haben sie seltsamer Weise, obgleich dies am nächsten lag, nicht gedacht.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 13. Dezember.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Unsere deutschen Weihnachtslieder.

Die ältesten deutschen Weihnachtslieder stammen aus dem 11. und 12. Jahrhundert. Sie waren meist anspruchslose, einfache Marienlieder, die in kindlichem Glauben die Mutter des Heilands verherrlichten. Ihre Melodien waren nicht volkstümlich, nicht einprägsam und innig genug, um rechte Volkslieder zu werden. Die meisten und schönsten Liedr, die sich dann von Generation auf Generation fortpflanzten, die die Mutter mit den Kindern in der stimmungsreichen Adventszeit sang, sind später entstanden. Der älteste weihnachtliche Volksgesang, der sich wirklich die Herzen eroberte, ist das Lied „Es ist ein Ros' entsprungen", ursprünglich ebenfalls ein Marienlied, das im 15. Jahrhundert entstanden ist und erst viel später zum Weihnachtslied wurde.

Luther, Schenkendorf, Arndt, Gellert und Gerhardt schenkten uns viele schöne Weihnachtslieder, sie dichteten außer den geistlichen auch Kinderlieder. Von Luther stammt z. B. das gern gesungene „Vom Himmel hoch, da komm' ich her". Die meisten Dichter und Komponisten unserer schönen Weihnachtslieder sind in Vergessenheit geraten, **ihre Namen sind uns unbekannt.** Viele schöne Melodien lieferten auch die Weihnachtsspiele, die heute noch in manchen Gegenden unseres Vaterlandes gepflegt werden.

Lange Zeit hindurch wußte man auch nicht den Namen des Schöpfers unseres schönsten deutschen Weihnachtsliedes „Stille Nacht, heilige Nacht", das in jeder Familie am Heiligen Abend gesungen wird, und das an Innigkeit und frommer Schlichtheit die verbreitetsten Lieder wie „O du fröhliche, o du selige" und „O Tannenbaum" übertrifft. Die wundersame Melodie dieses Liedes schrieb man sogar Haydn oder Beethoven zu, viele nahmen an, daß sie schon Jahrhunderte alt sei, von dem Textdichter wußte man überhaupt nichts. Bis man endlich durch systematische Nachforschungen im Jahre 1856 den Kantor Franz Xaver Gruber fand, der damals 60 Jahre alt war und genaue Auskunft über die Entstehung dieses Weihnachtsliedes geben konnte, denn er selbst war der Komponist. Die Entstehung von „Stille, heilige Nacht" ist eigentlich einem Zufall zu verdanken oder einer Verlegenheit. Sein Schöpfer, der katholische Pfarrer Joseph Mohr aus Oberndorf bei Salzburg, befand sich in arger Verlegenheit, denn die Orgel seines kleinen Kirchleins war schadhaft und nicht zu benutzen. Er wollte aber die Feier am Heiligen Abend nicht ohne musikalische Begleitung veranstalten, und so schrieb er in einer schöpferischen Stunde den Text des schlichten Liedes nieder. Es fehlte ihm aber nun noch die Melodie dazu, denn das Lied war ursprünglich für den Kirchenchor gedacht, und so machte er sich am Heiligen Abend auf und ging in aller Frühe zu seinem Freund, dem Lehrer Xaver Gruber, der im nahen Arnsdorf wohnte und Organist in Oberndorf war. Und Gruber schuf diese unendlich innige, zu Herzen gehende Melodie, die aus tiefstem Empfinden heraus entstand. Das schönste deutsche Weihnachtslied war entstanden und wurde noch am selben Abend von seinen beiden Schöpfern der andächtigen Gemeinde vorgetragen. Das war im Jahre 1818, und in unvergleichlichem Siegeszuge eroberte das Lied sich die Herzen des deutschen Volkes und der ganzen Welt.

Man sage nicht, das Schwerste sei die Tat;
da hilft der Mut, der Augenblick, die Regung;
das Schwerste dieser Welt ist der Entschluß.

Grillparzer.

---

§ **Wieder ein Fall von schwerer Kohlenoxydgasvergiftung.** Heute früh gegen ½8 Uhr **wurden die Bewohner des Hauses Promenadenstraße 27 durch die Nachricht alarmiert, daß eine fünfköpfige Familie eine schwere Kohlenoxydgasvergiftung erlitten hat. In der Nacht zum Mittwoch hatten die drei Kinder des Schlossers Eduard Buczkowski sich mehrfach übergeben müssen, während die Eltern über heftige Kopfschmerzen klagten. Als gegen 7 Uhr morgens der Wohnungsinhaber, der bei der Gasanstalt beschäftigt ist, nicht zur Arbeit ging, war der benachbart wohnende Schwiegervater des B. beunruhigt. Er hörte aus der Wohnung Hilferufe und schließlich öffnete der 9jährige Sohn Alois die Tür. Die Schwiegereltern fanden die 27jährige Tochter Marianna zusammengebrochen neben einem Bett liegend auf. Sie war ebenso wie das zweijährige Söhnchen Zbigniew und der Ehemann besinnungslos. Der neunjährige Sohn Alois und die siebenjährige Tochter Elsbeth waren der Ohnmacht nahe. Die alarmierte Rettungsbereitschaft erschien sofort mit einem Arzt und mit Sauerstoffapparaten und konnte sämtliche kranke Personen einigermaßen wiederherstellen. Die Ursache der schweren Vergiftung soll an einem schadhaften Schornstein liegen. In der gleichen Wohnung hatte vor einiger Zeit eine andere Familie ebenfalls eine Kohlenoxydgasvergiftung erlitten.**

§ **Die Schulabteilung des Magistrats,** die vorübergehend im Rathaus untergebracht war, wurde wieder in die alten Räumlichkeiten im Hause Friedrichstraße (Dluga) 41 zurückverlegt.

§ **59 Groschen Steuerrückstand — 50 Groschen Mahngebühr.** Ordnung muß sein. Rückständige Steuern müssen eingetrieben werden. Vor uns liegt ein Steuermahnzettel des hiesigen Finanzamtes, der den Betrag von 59 Groschen als Rückstand der Steuer für unbebaute Plätze bezeichnet und die Bezahlung verlangt. Als Mahngebühr ist ein Betrag angefordert worden, der nur um 9 Groschen niedriger als der geforderte Steuerrückstand ist: 50 Groschen.

§ **Straßenraub.** Am Montag abend wurde auf der Danzigerstraße die Kujawierstraße 5 wohnhafte Emma Krause von einem Burschen überfallen, der ihr die Handtasche entriß und mit derselben entfliehen konnte. — Am gleichen Tage gegen 6 Uhr abends wurde an der Ecke Stein- (Zamojskiego) und Schiller-Straße (Paderewskiego) die Frau Tymowska ebenfalls von einem Banditen überfallen. Der Täter raubte ihr eine Handtasche mit Geldinhalt und Ausweispapieren.

§ **Unfälle.** Von einer Lore gequetscht wurde der 45jährige, im Städtischen Sägewerk beschäftigte Arbeiter Wacław Brzeziński, hier, Adlerstraße 17 wohnhaft. Der Verunglückte hatte einige Verletzungen der linken Rippen davongetragen und mußte nach dem Städtischen Krankenhaus geschafft werden. — Gleichfalls im Städtischen Sägewerk einen Unfall erlitten hatte der 65jährige Arbeiter Jan Gruszka, hier, Belzka 49 wohnhaft. G. zog sich während der Arbeit einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. Der Verunglückte wurde nach dem Städtischen Krankenhause gebracht.

§ **Bösartige Schlägerei.** Dem 6jährigen Jan Minge, hier, Mittelstraße 31 wohnhaft, wurde von einem älteren Knaben während eines Streites, der wegen eines Rodelschlittens ausbrach, mit einem Stein ein Loch in den Kopf geschlagen. Der Junge wurde in das Städtische Krankenhaus gebracht.

§ **Der heutige Wochenmarkt** brachte regen Verkehr. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,40—1,50, für Eier 2—2,30, Weißkäse 0,20—0,25, Tilsiterkäse 1,50—1,60. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Rotkohl, Wruken, rote Rüben und Zwiebeln 0,10, Weißkohl 0,05, Rosenkohl 0,30, Äpfel 0,30—0,40. Für Geflügel zahlte man: Enten 3—4,50, Gänse 6—8, Mastgänse 0,80—0,90 pro Pfund, Hühner 2—3,50, Tauben 0,50—0,60, Puten 6—7. Für Hasen zahlte man 3,50—4. Der Fleischmarkt lieferte Speck zu 0,90 bis 1,00, Schweinefleisch 0,70—0,90, Rind- und Kalbfleisch 0,60—0,80, Hammelfleisch 0,60—0,70. Für Fische zahlte man: Hechte 0,80—1,20, Schleie 1—1,20, Plötze 0,25—0,50, Bressen 0,50—1, Barsche 0,40—0,70.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verein junger Kaufleute. Donnerstag 8½ Vortrag: Ernstes u. Heiteres aus längst vergangenen Tagen des V. j. K. (1847—1885). 8519

Schweres Autounglück bei Posen

* **Posen,** 13. Dezember. In der Nähe von Schwersenz bei Posen ereignete sich eine Auto-Katastrophe, die ein Menschenleben forderte. In der Richtung nach Posen befand sich ein mit Leinenwaren beladenes Auto, dessen Chauffeur infolge Steuerdefekts die Gewalt über den Wagen verlor. Das Auto fuhr gegen einen Baum und schlug um. **Der Chauffeur wurde herausgeschleudert und erlitt nur leichte Verletzungen, während der Besitzer des Autos, mit Namen Kuczyński aus Zgierz, so unglücklich aus dem Wagen absprang, daß er einen Schädelbruch erlitt und sofort verstarb.**

---

ex **Exin** (Kcynia), 12. Dezember. Auf dem Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,30—1,60, die Mandel Eier 1,80—1,90. Der Schweinemarkt war nicht sehr belebt. Für Ferkel wurden 12—22 Złoty für das Paar gezahlt.

Während der Fleischermeister Balcerowitsch in dem an den Laden angrenzenden Zimmer war, wurde ihm ein einige Pfund schweres Stück Fleisch aus dem Laden entwendet.

q **Gnesen** (Gniezno), 12. Dezember. Der Diebstahl bei Superintendent Schulze konnte von der Polizei aufgeklärt werden; der Täter wurde festgenommen.

Ein schreckliches Unglück ereignete sich bei dem Scharfschießen einer Unteroffizier-Abteilung. Infolge eines falschen Signals wurde der 22 Jahre alte Władysław Szamagaj aus Koszut, Kreis Słupcy, erschossen.

z **Inowrocław,** 13. Dezember. Beim Kohlendiebstahl auf dem hiesigen Bahnhofe wurde der 22jährige Martin Litwicki von hier durch eine Karabinerkugel am linken Auge derart verletzt, daß dasselbe auslief. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus gebracht.

In Miechowice hiesigen Kreises geriet die 19jährige Arbeiterin Marja Wieskiel während des Dreschens mit der rechten Hand in das Getriebe, wobei ihr dieselbe vollständig zerquetscht wurde. Im Krankenhaus wurde ihr die Hand amputiert.

Zwei gefährliche Einbrecher konnten festgenommen werden, und zwar der 25jährige Josef Naporaj, schon verschiedene Male vorbestraft, und der 26jährige Ignatz Lopaszewski.

Bei der Untersuchung der Erschießung des Polizeibeamten Edward Szymanski aus Chelmce durch seinen Kollegen Bielecki wurde festgestellt, daß es sich um einen Prellschuß gehandelt habe, dem Sz. zum Opfer gefallen ist. Das weitere Verfahren gegen Bielecki wurde deshalb eingestellt.

+ **Lissa** (Leszno), 12. Dezember. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Langenaugasse. Der Chauffeur Josef Frąckowiak war in der Garage mit einer Autoreparatur beschäftigt. Durch ausströmende Benzingase erlitt er dabei den Tod. Jegliche ärztliche Hilfe war vergeblich.

Aus dem Korridor des Postamts in Krzemieniewo wurde dem Briefträger Gorynia das Fahrrad gestohlen. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

In der Nacht zum Montag ereignete sich am Bahnübergang bei Leiperode ein schweres Autounglück. Ein Privatauto aus Rakwitz, das von Lissa aus in Richtung Schmiegel fuhr, glitt infolge starker Glätte an dem Bahnübergang bei Lipno gegen einen Chausseebaum. Das Auto wurde dadurch zerstört und ein Insasse desselben, der 12jährige Zygmunt Marciniak aus Rakwitz, erlitt schwere Verletzungen. Die anderen Passagiere kamen mit dem Schrecken davon.

ꝏ **Posen,** 13. Dezember. Der Sergeant im Ruhestande Marjan Górczyński, der aus Thorn-Mocker hier eingetroffen war, geriet gestern, als er durch die Straßen wanderte, an mehrere Kümmelblättchenspieler und war in kurzer Zeit seine ganze Barschaft los. Dann wandte er sich, wie schon mancher seiner Leidensgenossen vor ihm, an die Polizei um Hilfe. Diese nahm einen der Schwindler in der Person eines Stefan Wichtowski aus der fr. Blücherstraße 10 fest.

In kurzer Zeit ist es der Kriminalpolizei gelungen, den Einbruch in die Batasche Schuhfiliale am Wildaer Markt, bei dem Schuhe im Werte von 2000 Złoty von den Dieben als Beute mitgenommen worden waren, restlos aufzuklären. Als Einbrecher wurden die beiden Brüder Matuszak aus der Posenerstraße 28 festgenommen, nachdem bei ihnen ein nicht unbedeutender Teil der gestohlenen Schuhe ausfindig gemacht und beschlagnahmt worden war. — Gestern nacht wurde von unbekannt entkommenen Dieben ein Einbruch in das Edmund Mroczkowiaksche Galanteriewarengeschäft fr. Große Berlinerstraße 88 verübt. Gestohlen wurden Waren im Gesamtwerte von 1100 Złoty. — Ein zweiter nächtlicher Einbruch wurde bei der Firma „Zgoda" in der fr. Gneisenaustraße 47 verübt. Hier betrug die Einbrecherbeute „nur" 500 Złoty.

ꝏ **Pudewitz** (Pobiedziska), 11. Dezember. Bei dem gestrigen Vergnügen in der Gastwirtschaft in Biskupitz hiesigen Kreises entstand ein Streit, in dessen Verlauf Stühle und Bänke zum Schlagen benutzt wurden. Der Gastwirt erleidet einen Schaden von ca. 100 Złoty.

Der zwölfjährige Sohn des Arbeiters Antkowiak von hier ertrank beim Schlittschuhlaufen im Piestrochowo-See. Er war eingebrochen und auf die Hilferufe waren einige Männer hinzugelaufen, aber der Junge war bereits unter dem Eise verschwunden. Die Leiche konnte später geborgen werden.

ph **Schulitz** (Solec), 12. Dezember. Der Wochenmarkt war mäßig beschickt und besucht. Für Butter wurden gezahlt 1,20—1,30, Eier 2—2,20, Weißkäse 0,25.

Dem Eisenbahner Nowakowski wurden aus dem verschlossenen Stalle zirka 25—30 Zentner Kohlen gestohlen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 286

Freiwillige Spenden der Bürger der Stadt Bydgoszcz für die Arbeitslosen in der Zeit vom 1.—30. November 1933.
Związek Lekarzy (Aerzteverband) 150.— zł, Sierpinski 10.— zł, Wyrzykowski 6.95 zł, Stenzel L. 20 zł, Firma Bacon Export 46.00 zł. Für die Volksküche wurden gespendet durch Eingänge bei der Stadthauptkasse 614.— zł, Edward Krause 150.— zł, zusammen: 997.15 zł.
Bydgoszcz, den 6. Dezember 1933. 8514
Lokalny Komitet
Funduszu Pomocy Bezrobotnych.

Geldmarkt

4000 Złoty
Anleihe werden gesucht gegen gute Sicherung. Offerten unter **D. 4181** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Heirat

Weihnachtswunsch
Zwei ehemal. Posener, 31 Jahre, in sich. Stellung, m. gut. Einkomm., bieten zwei deutschen Mädels Gelegenheit, sich i. Deutschl. (Stettin) gut zu **verheiraten.** Nur gut ausseh. Damen, häuslich erzogen, mit Vermögen, werd. um ausführliche Angaben mit Lichtbild gebeten. Diskretion wird zugesichert ebenso Rücksendung des Photos. Offerten unt. **H. 8337** a. d. Deutsche Rundschau erbeten.

Dame im 28. Lebensjahre, intelligent, Landwirtschafts-Wirtin, mit guter Ausbildg., 2000 zł Vermög. u. guter Aussteuer, sucht **Bekanntschaft m. Herrn** im gleichen Alter
zw. Heirat
am liebsten **Einheirat** in eine Landwirtschaft. Offert. mit Bild unter **G. 8494** an d. Geschäftsstelle d. Zeitg. erbeten.

Einem jungen evangl., intelligenten Mann, b. zu 30 Jahr., bietet sich Gelegenheit, in ein
Getreidegeschäft einzuheiraten.
Vermögen 10—15000 zł zwecks Vermögensteilung erwünscht. Nur ernstgemeinte Zuschr. mit Bild bitte unter **„Mady" H. 8495** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung zu richten. Diskretion Ehrensache.

Suche f. mein. Freund, 56 Jahre, evangl. vermög. **Lebensgefährt.** Nur ernstgemeinte Zuschrift., Vermögensang erw. Offerten unter **S. 8425** a. d. Geschäftsst. dieser Zeitung.

Gärtner, evgl., 28 J., tl. Barvermögen **sucht Lebensgefährtin,** ca. 6000 Zł. Vermög. erwünscht, am liebst. **Einheirat,** evtl. auch Landgrundst. von 25 Morg. an. Zuschr. m. Bild, Angab. d. Verm und der näh. Verhältn. unter **K. 4167** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Kaufmann
23 Jahre alt, blond, 1.80 groß, gesund gebildet, auf gut. Posten, hoh. Gehalt, sucht entsprechende Dame, gute Wirtin, bis 21 Jahre, **zwecks Ehe.** Ernstgemeinte Offert. m. Bild unt. „Caja" **B. 8442** a. d. Geschst. dies. Ztg. erb.

Offene Stellen

Jüngerer **Wirtschafts-Assistent,** der s. Lehrzeit beendet u. d. poln. Spr. mächtig ist, vom 1. 2. 34 gesucht. Meld. m. besch. Gehaltsanspr. u. kurz. Lebenslauf erb. **Dom. Osowiec, p. Bydgoszcz.** 4162

Suche zum 1. 1. 1934 für meine 20-Tonnen-mühle einen evangl., militärfreien, tüchtig.,
Müller,
der schon auf größerer Mühle gearbeitet hat. Angebote sind zu richten mit Gehaltsanspr. u. selbstge. chr. Lebenslauf unter **J. 8496** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Suche ab 1. 1. 1934 für 600 Morg. gr. Wirtsch.
Eleven mit Vorkenntnissen, der an strenge Tätigkeit gew. ist. Zuschr. unt. **Nr. 8487** an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Grudziądz.**

Gutssekretärin
zum sofortigen Antritt gesucht. Vertrauensstellung, Stenograph., Schreibmasch u landwirtschaftl. Buchführg. Bedingung. Zeugnisabschriften, Gehaltsford. u. kurzen Lebenslauf unt. **W. 8466** an die Geschst. dieser Ztg.

Ehrliches, sauberes
Stubenmädchen
für sofort gesucht.
8497 **Gdańska 41.**

Stellengesuche

Berufslandw., 43 J. alt, verh., evgl., d. poln. Spr in Wort u. Schrift vollst. mächtig, langj. Praxis., garant. gr. Ausbeute u. pars. Wirtsch.-Führg., letzte ungek. selbst. Stell 6 Jahre, sucht zum 1. 4. od. 1. 7. 1934 Stellg. als
Administrator od. Oberinspektor.
Offerten unter **W. 8450** an die Gst. dieser Zeitg.

Suche von sofort oder später **Stellung** als
landw. Beamter.
Bin 42 J. alt, verheirat. (kinderlos). Polnisch in Wort u. Schrift. Uebernehme auch Pachtung einer Landwirtsch., zur Kaution oder Uebernahme sind 12000 Złoty vorhand. Uebernehme auch **anderweitige Vertrauens-Stellung.** Gefl. Off. unt. **C. 8468** an die Deutsche Rundsch. erb.

Schweizer,
ev., 25 J. alt, 7 Jahre im Fach, **sucht** wegen Verheiratung z. 1. 4. 34 **Stellung** zu 30 bis 50 Milchküh. u. Jungvieh, am liebst. i. Pommerell. Gute Zeugn. Off. erb. Schweizer **Kurt Neske,** bei Hrn. **Alfr. Schmautz, Brzozowo.** 8523

Landwirt, unabhg., landwirtschaftl. Mittelschulbild., Deutsch u. Poln., einige Jahre Prax. a. gr. Güt. **sucht Stellung.** Gefl. Ang. unt. **H. 1654** an **A.-Exp. Wallis, Toruń.** 8377

Molkereifachmann
kautionsfäh., **sucht Stellung, Pachtmolk.** oder **errichtet eine in größer. Gute.** Offert. u. **N. 4179** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Oberschweizer
von Kindheit an im Fache, mit gut. Zeugn und mehrjähr. Praxis im Herdbuchstall, sucht zum 1. 4. 34 Stellung. Off erb. unter **D. 8474** an die Geschst. d. Ztg.

Junger Mann, evgl., ehrlich sucht Stelle als
Knecht
zum 1. Jan. 1934, am liebst. Nähe Bromberg. Off. unter **E. 8475** an die Geschst. dieser Ztg.

Abiturientin
evangelisch, welche die deutsche u. poln. Spr. beherrscht, **sucht Stellg.**
als Hauslehrerin
od. and. entsprechende Beschäftigung. 8434
Ch. Weißmann, Łódź, Wólczańska 216, W. 10.

Staatlich geprüfte
Säuglings- und Kleinkinder-Pflegerin
sucht p. 1. Januar 1934 oder später **Stellung.** Gute Zeugn. vorhand Offerten unter **M. 4172** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Stellung als Jungwirtin.
Off. a. **Hilda Reddmann,** Radzyn wybudowanie, powiat Grudziądz. 8610

Junges Mädchen vom Lande sucht Stellg. als
Mädchen für alles
sof. od. spät. Frdl. Angebote u. **N. 8400** a. d. Deutsche Rundsch. erb.

Suche f. meine **Tochter,** 19 Jahre alt, evgl., in Stadthaush. **Stellung**
als Alleinmädchen.
O. Schulz, Drosdowo, p. Terespol, powiat świecki. 8469

Evangel. Mädchen
22 Jahre, im Stadthaushalt bewandert, **sucht** v. sof. od. 1. 1. 34
Stellung.
Frdl. Angeb. erb. **Erna Träger, Radzyn,** poczta Kazmierz - Szamotuły. 8521

An- u. Verkäufe

Weihnachtsgeschenk!!
Kurzer Salonflügel
schwarz, kreuzsaitig. Fa. Weißbrod, Sächs. Hoflieferant, wie neu, günst. zu verkauf. 4165
Gdańska 74, Wohng. 2.

Gebrauchte Möbel
umzugshalb. zu verkf. Zu erfr. in der Geschst. dieser Zeitung. 4148

Bettgestell mit Matratze, **Chaiselongue, Tisch** u. **Stühle,** alles gut erhalten, fortzugshalber billig zu verkauf. 4170
Portier Sielanka 18.

Günstig! Gut erhalt. **Schreibmaschine** (Continent.) zu verk. Off. u. **O. 4166** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Teppich, 3×4, sehr gut erhalt. (pra. Qualität, billig 4173 **Gdańska 78, W. 1 pt.**

Oelgemälde
berühmt. deutsch Meister, **antike Möbel** verk. sofort billigst **Plucinski, Toruń,** Lubicka 18. 8503

Dampfmaschine
für Knaben gut erhalt., Neukonstruktion, kauft **Kaczmarek, Browar Bydgoski.** Tel. 1608 4185

Gold. Herrenuhr
nebst Kette und 4182
eichene Standuhr
preiswert zu verkauf. **Mazowiecka 12, W. 19.**

Gebrauchten 4-teiligen **Plansichter**
Fabrikat **„Wetzig",** mit 4×12 Einlegerahmen
billigst zu verkaufen.
Offerten unter **R. 8515** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Verdeckwagen 8518
gut erhalt., verkauft **Bydgoszcz,** Dworcowa 104

Gold und Silber sow. Silbergeld
kauft **B. Grawunder,** Dworcowa 57. Tel. 1698.
8258

Lastwagen
Marke „Ford" 1½-2 to, 1931er Typ, sehr gut erh., fahrbereit, 5fach. Bereif. sof. bill. zu verk. Off. u. **R. 4188** a. d. Geschst. d. Z.

Partie
Schreibwarenutensilien u. Spielsachen verkauft bill. a. freier Hand 8520
„Sala Licytacyjna"
Gdańska 42. Tel. 1554.

Ein eis. Geldspind
(gut erhalten) und **1 Billard** mit Zubehör reparaturbedürftig) billig zu verkaufen.
4169 **ul. Kujawska 13.**

Bandsäge
800 mm Rollendurchmesser, auf Kugellager laufend, Ia-Fabrikat, äußerst billigst sofort abzugeben. Gefl. Anfr. unter **F. 8484** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Reichsdeutsche Firma **sucht per Kasse zu kaufen** von Privatforstverwaltungen ca. 3000 fm gutes
Kiefern-Langholz
eventl. Kiefern-Blöcke auch in kleinen Posten. Gefl. Off. mit näheren Angaben, Maße, Qualität, Klassen, Preis, Verladestation unter **U. 8429** a. d. Geschst. d. „Deutsch. Rundschau".

Wohnungen

Sonnige
4-Zimmer-Wohng.
m. Badest. u. Zubeh., auf Wunsch auch Gart., an ruh., ält. Herrsch. sogl. zu vermieten. 4113
Frau Schulz,
Podgórna 15, Gartenh.

Stube u. Küche
f. Ren.-Kosten an sich. Zahler 4186
Łokietka 16, Wohng. 7.

Laden
z. 1. 1. zu verm **Weiniany Rynek 12. Wo. 16.** 4187

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer a. Dame günstig zu vermieten.
4042 **Sniadeckich 18, W. 3.**

Pachtungen

Wiesen-Grundstück
14 Morg., ½ Meile von Grudziądz gr. Invent., zu verpachten durch **A. Knodel, Grudziądz,** ul. Kwiatowa 29/31. 8508

Das seit über 30 Jahre bestehende
Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäft
Firma **Max Lewy,** Kreisst. Tiegenhof, Freist. Danzig, ist umständehalb. ab 1. Februar 1934 **preiswert zu verpachten.** 8517
Offerten erb. **Hermann Schulz sen., Tiegenhof.**

Drehbank 2.30 Drehlge., günst. zu verkaufen. Auskunft **Marohn, Senatorska 22.**
4159

Kaufe alte Kegelkugeln
oder **Bockholz.** Off. an **„Par",** Toruń, Szeroka 46. 8490

Weißen Mohn
kauft laufend
Lukullus, Bydgoszcz
Poznańska 16. 8522
Telefon 1670/71.

1—2 Morgen
Birkenwald
Nutzholz, und ca.
10 Morg. Kiefern
70 J. a., 5 km von Bydgoszcz, z. verk. Off. u. **P. 4184** a. d. Geschst. d. Ztg.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Sonntag, 17. Dezbr. 33
abends 8 Uhr
zum letzten Male
Krach um Jolanthe
(Die Wurstsuppe)
Bauernkomödie in 3 Akten von August Hinrichs.
Eintritts-Karten wie üblich.
8526 **Die Leitung.**

Pommerellen.

13. Dezember.

Graudenz (Grudziądz).

Deutsche Bühne.

Am vergangenen Sonntag gab unser Bühnenverein das anmutige Lustspiel von Franz Adam Beyerlein „Sommer in Tirol".

Die Spielleitung lag in den bewährten Händen des Helmut Stasi, der keine Mühe gescheut hatte, das Stück gründlich vorzubereiten, und da ihm auch die sachkundigen, in jeder Beziehung durch ihre lange praktische Betätigung geschulten Kräfte unserer Bühne tatkräftig zur Seite standen, so konnte der Erfolg nicht ausbleiben. — So harmlos und schlicht das Stück auch auf den ersten Blick erscheinen mag, so hat es für die Darsteller doch recht bedeutende Schwierigkeiten, besonders technischer wie auch rein dramatischer Natur. Namentlich in bezug auf die reine Herausarbeitung der Charaktere einzelner Personen scheint der Stoff ein wenig spröde zu sein. Dessen ungeachtet bewältigten die Mitwirkenden in flottem Spiel alle Klippen aufs Vorzüglichste und zwangen die Zuhörer, mit Spannung der Handlung zu folgen. Der in einzelnen Situationen kräftig hervortretende, äußerst wirksame Humor reizte zu Heiterkeit und stürmischem Beifall. Die Aufführung bereitete dem Publikum einen recht vergnügten Abend.

Wie das Gesamtspiel, so war auch das Spiel der Einzelnen vorzüglich. Neben Viktor Scheierke, der einen famosen Dr. Spoerke abgab, hatte seine jugendliche Partnerin Fräulein Ebel keinen leichten Stand. Doch dank ihrer liebreizenden Erscheinung und der ihr eigenen natürlichen Frische meisterte sie ihre verzwickte Doppelrolle ganz ausgezeichnet und fand beim Publikum eine durchaus gute Aufnahme, zumal sie zum ersten Mal eine Hauptrolle innehatte. Ein vornehmes Spiel entwickelten Erich Schneider als Geheimrat Ursinus und seine Partnerin Frau Lisa Meyer als Frau Melitta. Die natürliche Wärme, die von ihrem Spiel ausging, kann kaum übertroffen werden. Waldemar Rosen als Neureicher Steinpott wirkte durch seinen Hamburger Dialekt und die feine Einfühlung in das Wesen seiner Rolle so vortrefflich, daß er die Lacher häufig auf seiner Seite hatte. Carlo Kluge beherrschte seine Rolle vollkommen und trug zum Gelingen des Gesamtspiels in seinem Teil bestens bei. Ebenso machte Bernard Müller als jugendlicher Poet und Schwärmer seine Sache vorzüglich. In Georg Schmechel und Eduard Brück hat der Bühnenverein durchaus nennenswerte Kräfte herangezogen. Während sie ihre kleinen Rollen recht frisch und geschickt spielten, wirkte Christel Wollert als Liftboy reizend sowohl durch ihr Äußeres wie auch durch die frische lebhafte Art des Vortrages. Die ganze Aufführung reiht sich somit ebenbürtig an die gelungensten von früher an.

Zu dem Erfolg, den der Abend für die nie versagende Theatergemeinde bedeutete, trugen wesentlich die herrliche Bühnendekoration und die Beleuchtungseffekte bei. Richard Holz als Inspekteur hatte trefflich für alles gesorgt.

Gm. *

Den Reigen der Weihnachtsbescherungen

eröffnete Montag nachmittag der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein. Es galt, den Zöglingen der evangelischen Waisenhäuser (Borrmann- und Peterson-Stift), mehr als 40 Kindern, eine herzliche Christfestfreude zu bereiten. Anwesend waren sämtliche Damen des bescherenden Vereins. Zunächst wurden die Kinder reichlich mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Der ernste, aber gütige Weihnachtsmann erschien, die Kinderwelt sang innig und begeistert ein Weihnachtslied, und sodann ging der Bescherungsakt vor sich. Da gab es allerlei zum leckeren Genusse, und vieles, um sich vor des Winters Unbilden zu schützen. Von Kopf bis Fuß kleideten die lieben Geberinnen die Kinder ein, und des Staunens und innigen Dankens war kein Ende. Daß neben diesen nützlichen Sachen auch noch so manch Unterhaltendes, Seele und Geist Erfrischendes gespendet wurde, wie Bilderbücher und Spielzeug, sei nicht zu registrieren unterlassen. Es herrschte allseitige, aufrichtige Freude, und die Herzen der jungen Beschenkten werden ihrer edlen Spenderinnen (je zwei Damen des Vereins hatten ein Waisenkind zum Gegenstand dieser lieben Weihnachtsfürsorge gemacht) gewiß dauernd dankerfüllt gedenken. Eine „Kasperle-Theatergesellschaft" sorgte durch Vorführung eines hübschen Stückchens dieses Genres für den kleinen Zuschauern angepaßte Belustigung. Und von den Mädchen des Borrmann-Stifts wurde ebenfalls noch manches Hübsche zur Verschönerung des Ganzen beigetragen. *

× **Verlegung des Kreiskommandos der Staatspolizei.** Von Freitag, dem 15. d. M., ab amtiert das Kreiskommando der Staatspolizei, das sich bisher in der Schwerinstr. (Sobieskiego) befand, im Hause Mühlenstr. (Młyńska) 19 (neben dem Starostwo). *

× **Zweimal alarmiert** wurde am Montag die Freiwillige Feuerwehr, und zwar das erste Mal um 3.10 Uhr. Hier handelte es sich um einen im Hause Culmerstr. (Chełmińska) Nr. 36 entstandenen Schornsteinbrand, der eine Tätigkeit der Wehr nicht mehr erforderlich machte, da in der Nähe wohnende Feuerwehrleute bereits den harmlosen Brand erledigt hatten. Das zweite Mal ging's nach Kalinkerstr. (Kalinkowa) 8a. Hier war im Krawczyńskischen Keller Feuer entstanden, das die ganze Einfassung dieses Raumes vernichtete und das Gebäude derart verräucherte, daß die Bewohner gezwungen waren, für die Zeit der Löschaktion ihre Behausungen zu verlassen. Durch die angestrengte Arbeit der Feuerwehrleute, die Gasmasken anlegen mußten, konnte dem Brande in kurzer Zeit Einhalt geboten werden. Der vom Feuer angerichtete Schaden beträgt etwa 100 Złoty. *

× **Wieder ein Schaufenster eingeschlagen.** Bei Salomon Landau, Schuhmacherstr. (Szewska) 25, wurde nachts das Schaufenster eingeschlagen und dadurch ein Schaden von 500 Złoty verursacht. *

× **Kellerdiebstahl.** In den Keller des Fleischermeisters Adolf Strehlke, Bischofsstr. (Św. Wojciecha) 28, drangen nachts mittels Durchbrechens einer Mauer Diebe ein und stahlen 40 Kilogramm Wurst sowie mehrere Flaschen Fruchtwein im Gesamtwerte von 100 Złoty. *

× **Ein gefährlicher Straßenräuber** war es, der abends in der Gartenstraße (Ogrodowa) eine Frau Żabko-Potopowicz anfiel und ihr die Handtasche mit dem darin befindlichen Gelde zu entreißen suchte. Als ihm das infolge des heftigen Sichsträubens der Frau nicht gelang, stieß der Raubgeselle sie so grob zu Boden, daß sie einen Armbruch erlitt. Sodann floh der Täter schleunigst. — Ein zweiter Fall von gewaltsamer Bestehlung einer weiblichen Person ereignete sich in der Petersilienstraße (Wąska). Dort entriß ein Strolch einer Frau Kosubowska ihr Portemonnaie mit 80 Złoty Inhalt und verschwand, noch ehe die erschreckte Beraubte recht zur Besinnung gekommen war. Diese in letzter Zeit sich wieder mehrenden diebischen Gewalttaten sollten der Sicherheitsbehörde Anlaß sein, noch energischer gegen das lichtscheue Gesindel vorzugehen und damit das Gefühl der öffentlichen Sicherheit zu verstärken. *

× **Entartete Jungen.** Anton Sarnowski, Bahnhofstraße (Dworcowa) 15, zeigte der Polizei an, daß sein 14jähriger Sohn Bronisław in der Uferstraße (Brzeźna) von ihm gänzlich unbekannten Knaben ohne Anlaß mit einem Messer verletzt worden ist. Zum Glück ist die Verwundung nur leicht. *

× **Zwei Einbrecher festgesetzt.** Am 28. Oktober d. J. wurde, wie erinnerlich, bei der Firma „Kosmos", Ecke Markt (Rynek) — Langestr. (Długa), ein besonders kühner Einbruch verübt. Die Täter waren in den anliegenden Laden der früheren Firma „Strug" gedrungen, hatten in die Wand des Warenraumes der Firma „Kosmos" ein Loch großen Ausmaßes gebrochen und waren so ans Ziel ihrer Wünsche gelangt. Als Beute waren ihnen Patephone, Schallplatten usw. im Gesamtwerte von 4500 Złoty in die Hände gefallen. Jetzt ist es nun der Kriminalpolizei gelungen, der kühnen Einbrecher habhaft zu werden. Es sind dies Wilhelm Witkowski und Alfons Popp, beide aus Graudenz. Einen Teil der gestohlenen Sachen hat das Geschäft wieder zurückbekommen; der größere Teil allerdings ist in die Verstecke von Hehlern gewandert, nach denen noch Nachforschungen angestellt werden. *

Thorn (Toruń).

Mehr Fürsorge für Pferde!

Während des Wochenmarktes am Dienstag konnte man eine große Reihe ländlicher Fuhrwerke beobachten, deren Pferde schwer mit dem Schnee und der Glätte in den Straßen zu schaffen hatten. Abgesehen von den vielen gänzlich unbeschlagenen Pferden, deren Wagenschilder die Herkunft aus dem früheren Kongreßpolen verrieten, waren die Hufeisen vieler anderer ohne die bei Schnee und Glätte dringend erforderlichen Stollen. Jeder Tierfreund wäre der Polizei dankbar, wenn sie ihr Augenmerk in der Winterzeit auf vorschriftsmäßigen Hufbeschlag richten würde, um Tierquälereien vorzubeugen. Es wäre auch erfreulich, wenn sie Kutscher, die ihre Tiere längere Zeit ohne Schutzbedeckung stehen lassen, auf die Pflichtvergessenheit aufmerksam machen wollte. * *

---

v **Standesamtliche Nachrichten.** In der Zeit vom 19. bis 25. November d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 25 eheliche Geburten (10 Knaben und 15 Mädchen) sowie die uneheliche Geburt eines Knaben zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 20 (9 männliche und 11 weibliche Personen), darunter 8 Personen über 50 Jahre und 5 Kinder im ersten Lebensjahre. Im gleichen Zeitraum wurden 13 Eheschließungen vollzogen. * *

v **Vermißt** wird die jugendliche Helena Włodarska, die sich bereits am 1. d. M. aus dem Elternhause entfernte und bisher nicht zurückkehrte. * *

v **Ein Opfer der Glätte** wurde heute früh der 25jährige Schlosser Stefan Sadowski, wohnhaft Waldauerstraße (ul. Waldowska) 23. Beim Verlassen einer Autodroschke in der Talstraße stürzte S. so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er sich einen Bruch des linken Beines zuzog. Der Verunglückte wurde in das Stadtkrankenhaus transportiert. * *

‡ **Gegen drei Personen,** die bezecht auf der Straße aufgegriffen und zur Polizeiwache gebracht wurden, wurde nach dort erfolgter Entlassung Strafanzeige bei der Burgstarostei gestellt. Unter Diebstahlsverdacht wurden drei Personen und wegen frecher Bettelei eine Person festgenommen. — Zur Anzeige gelangten fünf Diebstähle und ein Betrug, zur Protokollierung vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eine bzw. zwei Zuwiderhandlungen gegen handels-administrative bzw. sanitätspolizeiliche Bestimmungen. * *

* **Der Dienstag-Wochenmarkt** war recht mäßig beschickt. Die Nachfrage ließ auch sehr zu wünschen übrig. Es wurden folgende Preise notiert: Butter 1,60—1,80 das Pfund, Eier 2.20—2,50 die Mandel, Glumse 0,30, Sahne 1,40 der Liter; Enten 2—3,50 das Stück, Gänse 5—7,00, Puten 3—5,00, Hühner 1.80—3,00, Hasen 3—4,00; Schweinefleisch 0,80—0,90, Kalbfleisch 0,70—0,80, frischer Speck 1,00, Schmalz 1,40; Weißkohl 0,10—0,20, Zwiebeln 0,10—0,15, rote Rüben 0,15, Äpfel 0,30—0,80, getrocknete Pflaumen 0,90—1,20. Die ersten Tannenbäumchen wurden mit 1—6 Złoty angeboten. * *

Die Kommission für die Registrierung mechanischer Fahrzeuge

wird amtieren: in Konitz am 14. d. M. von 14 Uhr und am 15. d. M. von 10 Uhr ab; in Stargard am 15. d. M. von 13,30—15 Uhr; in Dirschau am 15. d. M. von 17 Uhr sowie am 16. d. M. von 8 Uhr ab; in Neustadt am 28. d. M. von 12 Uhr ab; in Gdingen am 29. und 30. d. M. von 8 Uhr ab.

---

tz **Konitz** (Chojnice), 12. Dezember. Das Konitzer Burggericht verurteilte zwei Männer namens Mailat und Kończal wegen Vagabundierens und Bettelns zu je 6 Monaten Arbeitshaus. M. muß sofort die Strafe antreten, während K. 2 Jahre Bewährungsfrist gewährt wurde. Die Konitzer frühere Besserungsanstalt dient jetzt als Arbeitshaus. — Drei „Hühnerfreunde" aus dem Kreise Konitz, Narlowski, Skiba und Gierszewski wurden zu je 2 Wochen Arrest und Tragung der Kosten vom Konitzer Gericht verurteilt, weil sie Hühner nachts gestohlen hatten. Ebenfalls 2 Wochen Arrest erhielt Franz Orłowski wegen Holzdiebstahls und wegen Beamtenbeleidigung Jan Lewinski aus Wielle die gleiche Strafe.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 12. Dezember. Die hiesige Schützengilde hielt am Sonntag eine außerordentliche Versammlung bei zahlreicher Beteiligung der Mitglieder ab. Zur Beratung kamen zuerst die neuen Statuten. Hierauf wurde das Budget für 1934 aufgestellt. Sodann wurde der Bewilligung von 300 Złoty für die Arbeitslosen zugestimmt, für welche der Magistrat als Gegenleistung im Frühjahr unentgeltliche Arbeitskräfte zur Erweiterung des Schieß-

standes und Ausbaues und Verschönerung des Schützenhauses stellt. Für die neuangelegte Zentralheizung in allen Räumen, mit Ausnahme der Fremdenzimmer, wurden die dadurch entstandenen Kosten von 2800 Złoty bewilligt.

p **Neustadt** (Wejherowo), 11. Dezember. Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten Eier 1,80—2,00, Butter 1,00—1,30. Auf dem Schweinemarkt brachten Ferkel 7—10 Złoty das Stück.

Seit einigen Tagen „sammelt" ein Mann Gaben für den Arbeitslosenfonds, indem er sich als Vertreter von dem Parochialkomitee für Arbeitslosenhilfe ausgibt. Das Komitee gibt auf Anfrage an, daß es niemand hierzu bevollmächtigt habe.

ef **Schönsee** (Kowalewo), 11. Dezember. Infolge Unvorsichtigkeit entstand in der Wohnung der Frau Anna Tyc Feuer. Es gelang jedoch den Brand zu löschen und ein größeres Umsichgreifen desselben zu verhindern. Vernichtet wurde nur der Fußboden und ein Teil des Mobiliars. Der entstandene Schaden beläuft sich auf ca. 150 Złoty.

Die Pommerellische Landwirtschaftskammer gibt bekannt, daß sie am 19. d. M. hierselbst von 8—10 Uhr vormittags Baconschweine im Gewicht von 85—95 Kilogramm verladen wird.

Braucht Deutschland Kolonien?

Äußerungen der letzten deutschen Gouverneure von Deutsch-Ostafrika und Kamerun.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Kolonialfrage tritt in Deutschland immer mehr in den Vordergrund. Wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Notwendigkeiten sind es, die den Ruf nach Kolonien immer lauter werden lassen. Zur Kolonialfrage liegen nun zwei Erklärungen von maßgebenden Stellen vor. Der letzte Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Heinrich Schnee, und der Gouverneur von Kamerun und Deutsch-Südwestafrika, Seitz, haben sich zur Frage: Braucht Deutschland Kolonien? geäußert.

Dr. Schnee streift in einer Erörterung die deutsche Kolonialgeschichte und weist darauf hin, daß Bismarck nach der Reichsgründung an dem Erwerb von Kolonien zunächst nicht besonders interessiert war, da es im deutschen Volke als Folge einer unglückseligen Zersplitterung, infolge der dynastischen und konfessionellen Streitigkeiten zu keiner auf Kolonialbesitz gerichteten einheitlichen Bewegung kommen konnte. Dies führte dahin, daß andere Völker, Engländer, Portugiesen, Holländer und Franzosen sich bereits lange vor Deutschland in den Besitz der klimatisch geeignetsten Kolonialgebiete gesetzt hatten. Als aber Bismarck seine Kolonialpolitik aufnahm, gelang es in erstaunlich kurzer Zeit, wertvolle Kolonien zu erwerben, die das Sechsfache der Größe Deutschlands darstellten. Die Sicherheit für die Zukunft des deutschen Volkes war gegeben, wenn auch sämtliche Gebiete des errungenen Raumes nicht so ohne weiteres infolge der dort herrschenden Tropenseuchen zugänglich waren. Erfahrungsmäßig wurde bald herausgefunden, daß die höher gelegenen Gebiete gegenüber den tieferen für eine europäische Siedlungspolitik besonders geeignet waren. Das größte Hindernis bildete aber nicht die Natur, sondern die Kämpfe der Eingeborenen untereinander. Fast allenthalben tobte der Kampf der Stämme untereinander, herrschte der Sklavenraub und Sklavenhandel, doch gelang es, den Frieden herzustellen. Zum erstenmal in ihrer Geschichte erfreuten sich die Eingeborenen der Sicherheit ihres Eigentums, des Schutzes gegen Bedrückung und Willkür. In kaum dreißig Jahren entstanden wohlgeordnete Kolonien, erwuchs Fortschritt um Fortschritt, wie man ihn kaum irgendwo in der Welt sehen konnte. Andauernd bemühten sich die deutschen Kolonisten um das Wohl ihrer Schutzbefohlenen, unterrichteten sie in der Seuchenbekämpfung und Gesundheitspflege. Insbesondere waren es die Missionare beider Konfessionen, die sich besonders verdient gemacht haben.

Der Ausbruch des Weltkrieges setzte dieser Entwicklung ein jähes Ende. Heldenhaft war der Widerstand unserer kleinen Schutz- und Kolonialtruppe, unmöglich aber konnte sie der Übermacht der Feinde gewachsen sein, die nach und nach einen Landstrich nach dem anderen besetzten, außer Deutsch-Ostafrika. Diese heroische Leistung der damaligen Zeit verdanken wir nicht nur den eigenen Landsleuten, sondern insbesondere der Treue und Tapferkeit der Eingeborenen. Den 6000 Weißen stand eine acht Millionen Köpfe zählende Bevölkerung gegenüber. Wenn wir es, sagt Dr. Schnee, nicht verstanden hätten, das uns anvertraute Gut in richtiger Weise zu verwalten, hätten sich die Eingeborenen zweifellos gegen uns erhoben, zumindest aber passive Resistenz geübt. Im Gegenteil, unsere schwarzen Untertanen kämpften bereitwilligst auch als Träger, um aus den entferntesten Ecken der Kolonien alles herbeizuschaffen, was für die Erhaltung der Truppe unbedingt notwendig war. Nach dem Waffenstillstand befanden sich in Deutsch-Ostafrika noch 155 Deutsche, 1200 Askaris und 2000 Träger, die trotz aller Gefahren und Strapazen immer wieder treu zu uns standen. Das sind Vorgänge, wie sie in keiner Kolonialgeschichte irgend eines Volkes zu finden sind. Der Eintritt in den Völkerbund brachte für Deutschland neben allen anderen Enttäuschungen auch die koloniale, obwohl Deutschland das Mindestrecht zur Kandidatur zugesichert worden war. Unsere Forderung auf Gleichberechtigung besagt, daß wir in gleichem Maße wie die anderen Nationen auch unseren Anteil an der Kolonisation erhalten müssen, so wie es die Völkerbundsatzung vorschreibt, denn wir gehören ebenso zu den fortschrittlichen Nationen wie England, Frankreich und Belgien. Die Frage der Kolonialbetätigung ist für Deutschland aber nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern eine Lebensfrage überhaupt. Deutschland besitzt nicht genügend Lebensraum, sein Boden ist keineswegs breit genug, um dem 60-Millionen-Volk bei normaler Zunahme auf die Dauer ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten bieten zu können. Durch den Versailler Vertrag hat Deutschland 13 Prozent seiner ehemaligen Landesfläche verloren, während die Bevölkerungsziffer nahezu die gleiche geblieben ist. Eine Wirtschaft auf der Grundlage der Autarkie kann nicht lebensfähig bleiben. Die Einfuhr von Wolle, Kautschuk, pflanzlichen Fetten usw. ist für Deutschland nicht zu umgehen.

Wenn Deutschland aber in eigenen Kolonien Rohstoffe erzeugt, so liegt darin ein ganz erheblicher volkswirtschaftlicher Vorteil. Der deutsche Farmer setzt seine Erzeugnisse in Deutschland ab, bezieht deutsche Industrieerzeugnisse, womit sich die Einfuhr und Ausfuhr — ganz abgesehen von den sich dadurch bietenden Arbeitsmöglichkeiten — ausgleichen. Kauf und Verkauf vollziehen sich auf der Basis der deutschen Währung. Die Beschaffung ausländischer Devisen und der dadurch bedingte Abfluß deutschen Kapitals bleibt erspart. Von weiterer Bedeutung ist die Frage des Absatzgebietes. Alle Länder, insbesondere das kolonialreiche England, richten Zollschranken auf, die den Eigenwaren eine Zollbegünstigung einräumen. In den Kolonialgebieten, in denen Deutschland im früheren Freihandel seine industriellen Erzeugnisse absetzen konnte, ist Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig. Alle Staaten suchen sich außerdem industriell zu verselbständigen. Vor allem ist es die japanische Konkurrenz, die ihre Fühler kraft einer ungewöhnlich billigen Ware bis nach Europa ausstreckt. Mit einem ausreichenden Kolonialbesitz und dem durch dessen Ausbau bedingten industriellen Bedarf wäre Deutschland in der Lage, Ein- und Ausfuhr seiner Wirtschaft natürlich auszugleichen. Die letzte und wichtigste Frage, schließt Exzellenz Schnee, ist die Siedlungspolitik, durch die eine Auswanderung nach den fremden Staaten unterbleiben würde und die einem weiteren Ansteigen der deutschen Bevölkerungsziffer genügend Lebensraum bieten könnte. Aus meiner kolonialen Tätigkeit weiß ich, daß sich dieser Fragenkomplex durch Kolonialbesitz einwandfrei lösen läßt. Unermeßliche Landstriche harren heute noch der Fruchtbarmachung. Für den deutschen jungen Menschen würde sich ein weites Tätigkeitsfeld eröffnen, das seinem urteilsfähigen Blick für die Vorgänge in der Welt nur dienlich wäre.

Der letzte Gouverneur von Kamerun, Seitz, erklärt in einer Unterredung, Deutschland brauche Kolonien, nicht nur wirtschaftlich als Rohstoff- und Absatzgebiet, nicht nur bevölkerungspolitisch zwecks Auswanderung, sondern vor allem auch wegen der Erziehung zum politischen Denken. Wenn der Engländer dem Deutschen im politischen Denken überlegen ist, so verdankt er dies seinen Kolonien, wo er groß zu denken gelernt habe. Exzellenz Seitz ist davon überzeugt, daß Deutschland seine Kolonien wieder einmal zurückerhalten wird und betont die Beliebtheit, deren sich das Deutschtum in seinen Kolonien erfreute. Das Mandatssystem erklärt Gouverneur Seitz als nicht zukunftsreich und sagt, dieses hätte nur einen Sinn, wenn alle Kolonien zur gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Erschließung zur Verfügung gestellt würden. Aber England und Frankreich würden sich hüten, das zu tun. Das heutige Mandatssystem richte sich nur einseitig gegen Deutschland.

Entpolitisierungsbestrebungen in Oesterreich

Man braucht nur an den Namen des unlängst verstorbenen Prälaten Dr. Seipel zu erinnern, der im dritten Jahrzehnt wiederholt Bundeskanzler und Außenminister der Republik Österreich gewesen ist. Er war zweifellos einer der bedeutendsten Staatsmänner, die das Österreich der Nachkriegszeit besaß. Er war aber auch gleichzeitig einer der klügsten Diener der Kirche. Gleich ihm hat die katholische Geistlichkeit der Christlich-Sozialen-Partei eine große, bisweilen führende Rolle gespielt. Um so bemerkenswerter ist der Erfolg, den der Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Innitzer, nunmehr dadurch erzielt hat, daß auf Grund eines von ihm eingebrachten Antrages eine Bischofskonferenz beschlossen hat, den katholischen Geistlichen „unter den gegenwärtigen besonders heiklen politischen Verhältnissen" die Ausübung eines parlamentarischen Mandats nicht mehr zu gestatten. Wer von den österreichischen Priestern jetzt noch ein solches Amt bekleidet, hat bis zum 15. Dezember sein Mandat niederzulegen. Rein äußerlich gesehen, geht also in Österreich jetzt das gleiche vor sich, was man im Sommer dieses Jahres in Deutschland erlebt hat, nur mit dem Unterschiede, daß dieser Schritt im Reich auf Grund des neu abgeschlossenen Konkordats erfolgte, während in Österreich eine solche bindende Konkordatsbestimmung nicht besteht, sondern lediglich ein aus freien Stücken gefaßter Entschluß einer Bischofskonferenz vorliegt. Daß ein solcher Schritt für die Christlich-Soziale Partei in einem Augenblick, wo die gesamt-staatlichen Grundlagen Österreichs durch eine Verfassungsreform geändert werden sollen, von größter Bedeutung ist, liegt auf der Hand; denn sie verliert nicht nur gewandte Führer, sondern auch bewährte Kämpfer. Aber auch diese Partei teilt nunmehr das Schicksal ihrer Schwesterparteien in Italien und Deutschland, eine Entwicklung, die eben nicht mehr aufzuhalten ist.

Gleichzeitig werden auch die österreichischen Heeresangehörigen ein Politikverbot erfahren. Der langjährige Heeresminister Vaugoin hat bereits vor einiger Zeit seinen Posten verlassen müssen. Er hatte eine der schlimmsten „Errungenschaften" der Revolution, die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für Heeresangehörige in seiner Weise außerordentlich geschickt für die Zwecke der Christlich-Sozialen Partei ausgenutzt. Wenn die österreichische Wehrmacht nicht nur gesunden, sondern auch gesund bleiben soll, muß sie gleich der Reichswehr völlig den Gefilden der Politik entzogen werden. Das Bemerkenswerte an dem österreichischen Vorgehen ist aber die Feststellung, daß die Entpolitisierung von Kirche und Armee erst in einem Zeitpunkt erfolgt, in dem dem Parlamentarismus die Sterbeglocke läutet und auch das Land an der Donau im Zeichen eines neu erwachenden Nationalgefühls steht.

R. K.

Politische Hochspannung in Irland.

Revolveranschlag auf Cosgrave. O'Duffy nach Nord-Irland geflohen.

Dublin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die politische Spannung in Irland ist während des Wochenendes durch mehrere sensationelle Zwischenfälle auf einen Höhepunkt getrieben worden. Auf den parlamentarischen Führer der irischen Opposition und früheren Ministerpräsidenten Cosgrave wurde am Sonntag abend in der Nähe der Ortschaft Annagry in der Grafschaft Donegal ein Revolveranschlag verübt. Der Präsident der Vereinigten Irland-Partei und der Blauhemden, General O'Duffy, hat sich ebenfalls am Sonntag abend einem Verhaftungsbefehl de Valeras durch die Flucht nach Ulster entzogen.

Als der Anschlag auf Cosgrave ausgeführt wurde, fuhr Cosgrave mit anderen Parteirednern im Kraftwagen von Annagry nach einer anderen Ortschaft. Die Attentäter, die sich in einem Hinterhalt an der Straße versteckt hatten, verfehlten ihre Absicht, indem sie den ersten Kraftwagen, in welchem Cosgrave saß und den zweiten Kraftwagen, in welchem seine Parteifreunde fuhren, ungehindert ließen. Erst auf den dritten Kraftwagen, in welchem bewaffnete Detektive saßen, gaben sie mehrere Revolverschüsse ab und bewarfen ihn auch mit schweren Feldsteinen. Die Detektive stoppten jedoch sofort und eröffneten das Feuer auf die Angreifer, worauf diese die Flucht ergriffen. Es wurde niemand verletzt.

Die Verhaftung des Generals O'Duffy wurde am Sonntag von der Irischen Regierung angeordnet. Nachdem O'Duffy in einer Versammlung in Carndonagh nicht erschien, wurde bekannt, daß er die Grenze nach Irland überschritten habe. Später tauchte er in der nordirischen Stadt Arnagh auf, von wo er sich angeblich nach Dublin begeben will, um sich den Behörden zu stellen.

Zu großen Unruhen kam es in Tipperary, wo eine Blauhemden-Kundgebung von berittener Polizei aufgelöst wurde. Der Redner entging der Verhaftung, indem er seinen Mantel in den Händen der Polizei ließ und in einen Kraftwagen sprang.

Bulgarischer Königsbesuch in Belgrad.

Sofia, 12. Dezember. (PAT) König Boris von Bulgarien ist mit der Königin und dem Prinzen Cyryl in Begleitung des Ministerpräsidenten Muschanow und des diplomatischen Tätigkeit während des letzten Hochsommers Belgrad eingetroffen, um dem jugoslawischen Königspaar einen offiziellen Besuch zu machen. Die jugoslawische Hauptstadt war mit jugoslawischen und bulgarischen Fahnen reich geschmückt, und in den Straßen, durch welche die Gäste zum Schloß fuhren, waren Girlanden angebracht. Der Bürgermeister von Belgrad hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, daß neue helle Hoffnungen für die Zukunft der beiden brüderlichen Völker entstehen.

Dem Staatsbesuch des bulgarischen Königspaares legt man in Belgrad eine große und weittragende politische Bedeutung bei. Man unterstreicht, daß dieser Besuch den Rahmen eines dynastischen Familienbesuches bei weitem überschreitet, und außenpolitische Ergebnisse von größter Tragweite nach sich ziehen könne. Nach der lebhaften diplomatischen Ttäigkeit während des letzten Hochsommers und Herbstes und namentlich nach den wiederholten Begegnungen der drei Balkan-Könige in der letzten Zeit wird die Tatsache nicht unterschätzt, daß sich, übrigens nunmehr auch nach dem Grundsatz der direkten Verhandlungen, die Staaten des Balkans und des Nahen Ostens anschicken, bedeutsame Anstrengungen in der Richtung eines politischen Ausgleichs und einer dauerhaften Versöhnung zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Hedwig S. in B. 1. Wenn Sie das schiedsrichterliche Urteil über die Sicherung Ihres Anspruchs durch hypothekarische Eintragung angenommen haben, so wird der Schuldscheinbürge von seiner Haftpflicht befreit. 2. Durch den Antrag auf gerichtliche Aufwertung wird die Verjährung der fraglichen Zinsen verhindert.

„Auto." 1. Die Umsatzsteuer für ein Geschäft, das keine richtige Buchführung hat, beträgt vom 1. 1. 33 ab 1 Prozent des Umsatzes. 2. Die Kategorie bestimmt sich bei dieser Art von Warenhandel nicht nach der Höhe des Umsatzes, sondern nach der Ware, die in dem Geschäft gehandelt wird, und nach der Art der Verkaufsstelle. Das von Ihnen bezeichnete Geschäft gehört bestimmt zur dritten Kategorie. Nach der Kategorie und der Ortsklasse berechnet sich der Preis für den Gewerbeschein. 3. Der Umsatz muß bis 15. 3. gemeldet werden, denn die Verordnung über die Pauschalgewerbesteuer bezieht sich nur auf die Jahre 1932 und 1933.

D. E. 1. Die Angaben, die wir seinerzeit über die Schlichtungsämter für kleine Landwirte gemacht haben, beruhen auf dem Gesetz. Nun, Sie haben ja jetzt gegen die Entscheidungen der Schiedsämter Berufung bei dem Sąd Grodzki eingelegt, da wird es sich ja herausstellen, wie die Sachen liegen. Wann die Verordnung über das Schlichtungswesen für kleine Landwirte außer Kraft tritt, wird durch den Ministerrat bestimmt werden. Vermutlich wird es auch nicht auf dem ganzen Staatsgebiet zu gleicher Zeit außer Kraft gesetzt werden. 2. Die Herausgabe einer Übersetzung des neuen polnischen Gesetzes über die Schuldverhältnisse (Verfasser Herr Rechtsanwalt Mühring in Posen) ist erst in Vorbereitung. Sobald die Übersetzung erscheint, werden Sie unschwer erfahren, wie das Buch zu beziehen ist.

100. B. 1. Wo nichts ist, da hat auch der Steuerexekutor sein Recht verloren. Verjährt sind die Steuern nicht, der Polizeibeamte hat aber mit den Steuern nichts zu tun. 2. Sie müssen ein Gewerbepatent lösen, und wenn Sie keine Handwerkskarte haben, müssen Sie auch Umsatzsteuer bezahlen.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 15. Dezember.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.40: Max Metzger liest aus seinem Buch: Aufruhr auf Madagaskar. 10.10: Schulfunk: Ein Forschungsreisender erzählt. 10.50: Spielturnen. 11.30: Eine Frau bereist Italien. 12.00 ca.: Konzert (Schallplatten). 14.00: Konzert (Schallplatten). Sinfonische Werke ausländischer Komponisten. 14.45: Zeitfunk. 15.00: Mädelstunde. 15.45: Lügner auf Reisen. Aus Rollenhagens wunderlichen indianischen Reisen. 16.00: Konzert. 17.00: Siegfried Günther: Musikerziehung als nationale Aufgabe. 17.25: Stunde nordischer Komponisten. 18.30: Die ewige Heimkehr. Zu Hebbels 70. Todestage. 19.00: Stunde der Nation. Niederdeutsche Stunde. 20.15: Von Leipzig: Leichte Musik großer Meister. 21.00: Der Hörer hat das Wort. 21.30: „Das Blaue vom Himmel". Zwei schwindlige Szenen von Werner E. Hintz. 22.00: Nachrichten. 22.25: Sport und Rasse. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Frankfurt: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.45 und 07.25: Konzert. 09.30 und 10.10: Schulfunk. 12.00: Konzert. 15.35: Jugendfunk. 17.50: Sonate. 19.00: S. Deutschlandsender. 20.10: Leichte Musik großer Meister. 21.00: Oliver Cromwells Sendung. 22.30—24.00: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.05: Französischer Schulfunk. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 15.15: Kinderfunk. 15.30: Frauenstunde. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.00: Jugendbücherstunde. 18.25: Vom bäuerlichen Brauchtum. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Niederdeutsche Stunde. 20.00: Nachrichten. 20.05: Aus der Stadthalle: Sinfonie-Konzert. 22.00: Nachrichten. 22.30 bis 24.00: Nachtkonzert.

Leipzig.

06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 10.10: Schulfunk. 12.00: Konzert. 13.25: Mittägliche Schallplattenunterhaltung. 15.25: Für die Frau. 16.00 und 17.50: Konzert. 18.10: Sonate. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.10: Klassische Splitter. 21.00: „Oliver Cromwells Sendung".

Warschau.

12.05—13.00: Schallplatten. 15.40: Kammermusik. 16.25: Salonmusik (Schallplatten). 17.15: Klaviervortrag. 18.20: Neue Schallplatten (Leichte Musik). 20.15: Aus der Philharmonie: 7. Konzert aus dem Zyklus: Die Musik des unabhängigen Polen. Philharmonisches Orch., Dir.: Fitelberg. Solisten: Colette Franz, Violine; Karwowska, Gesang, und der Staatsbeamten-Chor. Kompositionen von Peter Perkowski. 22.40: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Außenkommissar Litwinow.

Der römische „Messagero“ veröffentlichte aus Anlaß des Besuchs Litwinows in Rom die folgenden Mitteilungen über den politischen Werdegang des sowjetrussischen Außenkommissars:

Maxim Maximowitsch Litwinow wurde im Jahre 1879 in Bialystok geboren. Seine politische und revolutionäre Tätigkeit begann 1901, als er zu fünf Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt wurde, und nach London flüchtete. In der dortigen russischen Emigrantenkolonie lernte er Lenin kennen. Während der Revolution von 1905 kehrte Litwinow nach Rußland zurück. Nach der Wiederherstellung der Ordnung floh er in den Kaukasus, wo er sich mit Stalin befreundete. Es folgten weitere Abenteuer, die Ausweisung aus Frankreich und die Übersiedelung nach England, wo der Revolutionär sich in einen Geschäftsmann verwandelte, der abwechselnd als Bauunternehmer und Journalist auftrat, bis er endlich unter dem Namen Mr. Harrison Handelsreisender wurde. Im Jahre 1918 erreichte ihn in London ein Telegramm Trotzkis. Dieses ernannte ihn zum räterussischen Botschafter in London.

Diese Tätigkeit dauerte jedoch nicht lange, denn anläßlich einer Tagung der Trade-Unions in Nottigham erklärte Litwinow, in Deutschland werde bald die kommunistische Revolution ausbrechen und auf die anderen Länder Europas übergreifen. Diese Worte riefen in England eine starke Erregung gegen Litwinow hervor, der zufolge er schließlich aus England ausgewiesen wurde. Nach Rußland zurückgekehrt, wurde er im Moskauer Ministerium des Äußeren Kommissar für den europäischen Westen, während Karachan Kommissar für den fernen Osten war, und Tschitscherin die Oberleitung der gesamten Außenpolitik Räterußlands in Händen hielt. Räterußland hatte damals eine schwere Krise zu überstehen: es ist zum Teil das Verdienst Litwinows, daß eine Intervention der Entente vermieden und die Beziehungen mit den westeuropäischen Staaten aufgenommen werden konnten. Litwinow begann bald mit den Nachbarn Rußlands Verträge abzuschließen, und schon 1921 wurde der „cordon sanitaire“, durch den Frankreich Rußland absperren wollte, durchbrochen. Das Leitmotiv seiner Politik faßte Litwinow in die Worte zusammen: „Wir wollen Freundschaft mit allen, aber Bündnisse mit niemandem“. Schon 1922 hatte er erklärt, daß Europa einen konkreten und praktischen Plan der Entwaffnung brauche. Niemand wunderte sich daher über seine Teilnahme an der Konferenz in Genf. Es ist bekannt, daß er die sofortige und vollständige Zerstörung aller Kriegswaffen auf der Erde, in der Luft und auf dem Wasser forderte. Sein Vorschlag wurde abgelehnt. Er war einer der ersten, die dem Hoover-Moratorium zustimmten.

Auch der Kelloggpakt fand seine Zustimmung, „nicht weil er das bedeutet, was wir wünschen, sondern weil er uns Gelegenheit gibt, unsere Gedanken vorzutragen“. Schon seit jenen Tagen war es das Ziel der Litwinowschen Politik, Nichtangriffspakte abzuschließen. Im November 1929, nach dem Rücktritt Tschitscherins, wurde er Leiter des räterussischen Außenministeriums. Als solcher hat er „Freundschaftsverträge“ mit Polen, der Türkei und Persien abgeschlossen. Sein auffallendster außenpolitischer Erfolg war der 1933 abgeschlossene Nichtangriffspakt mit Frankreich, das bisher als größte Bedrohung Sowjetrußlands angesehen wurde. Man nahm an, daß dieses Abkommen den Vertrag von Rapallo zu Fall bringen würde, aber Litwinow blieb diesem „Ostervertrag“, dem ersten Friedensvertrag nach Kriegsende, treu. Die seit 1922 bestehenden guten Beziehungen zwischen Deutschland und Räterußland kamen infolge der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus in zeitweilige Krise. Aber Litwinow ist ein zu gewandter Staatsmann, um sich durch äußere Umstände, und zu sehr Mann der Tat und der Wirklichkeit, um sich von Ideologien fesseln zu lassen. Nachdem nun auch der Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Italien zum Abschluß gelangt ist, wird der Besuch Litwinows bei Mussolini dazu beitragen, die russische Außenpolitik unter organische und realistische Gesichtspunkte zu stellen, unter anderem auch, was die Beziehungen zu Deutschland anbetrifft.

Konferenz der Sowjetbotschafter in Moskau

Am Sonntag fand in Moskau unter dem Vorsitz von Litwinow eine Botschafterkonferenz statt unter Teilnahme der Sowjetdiplomaten aus verschiedenen westeuropäischen Hauptstädten. Es waren anwesend der Sowjetbotschafter in Berlin, Chintschuk, der Sowjetbotschafter für London, Maisky, und der Sowjetbotschafter für Amerika, Trojanowski. Außerdem nahmen an der Besprechung noch teil der erste Botschaftsrat der Sowjetbotschaft aus Paris, der Erste Botschaftsrat aus Rom und der Geschäftsführer aus Warschau.

Die Konferenz befaßte sich, wie man aus offiziösen Moskauer Kreisen hört, mit der Frage der Sowjetaußenpolitik für das Jahr 1934. Die Sowjetdiplomaten haben neue Anweisungen erhalten zur Durchführung der neuen, aktiveren Außenpolitik der Sowjetunion in Europa und namentlich auch in Amerika.

In offiziellen Moskauer Kreisen mißt man dieser Botschafterkonferenz große Bedeutung zu, da sie die Richtlinien der Sowjetunion für kommende internationale Verhandlungen in Westeuropa festgelegt hat. In diesem Zusammenhange hört man auch, daß der Botschafter in London, Maisky, besondere Informationen vom Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, empfangen hat für künftige Verhandlungen in London. Noch im Laufe dieses Winters sollen in London Verhandlungen zwischen der

Sowjetunion und England

stattfinden, die sich zunächst einmal mit den sowjetrussisch-englischen Handelsbeziehungen befassen werden. Es ist geplant, eine Handelskommission aus Moskau nach London zu entsenden, da man über die Entwicklung des Handels zwischen England und der Sowjetunion auf beiden Seiten nicht besonders zufrieden ist. Gleichlaufend mit diesen Handelsverhandlungen sollen auch politische Verhandlungen zwecks Annäherung zwischen England und Sowjetrußland durchgeführt werden.

Litwinow wird sich, wie man aus gutunterrichteter Moskauer Quelle hört, im Laufe dieser Woche auch mit der Frage der Kleinen Entente befassen. Auch hiermit wird sich noch eine besondere Moskauer Regierungssitzung beschäftigen. Man erwartet in Moskau, falls der französische Außenminister Paul-Boncour seine diplomatische Reise durch Europa antritt, bestimmt den Besuch dieses französischen Staatsmannes in Moskau, und zwar in Begleitung des polnischen Außenministers, Oberst Beck. Die Verhandlungen, die dann in Moskau stattfinden sollen, werden sich auch, wie man aus derselben Moskauer Quelle hört, mit der Frage der Anerkennung der Kleinen Entente und der sowjetrussisch-französischen Handelsbeziehungen befassen.

Japan will eine Diktatur.

Die einflußreiche „Japan Times“ veröffentlicht Sonntag einen Artikel über die innenpolitische Lage Japans, der in den politischen Kreisen Japans große Aufmerksamkeit erregt hat. Es wird darin erklärt, daß die Parteienherrschaft in Japan zu Ende gehe. Die Parteien hätten so schlecht gewirtschaftet, daß das ganze parlamentarische System in die Brüche gehe. Es gebe kein Mittel mehr, das Parteisystem zu retten. Nachfolger der Parteien und Träger des Einheitswillens des japanischen Volkes müßten das Heer und die Marine und ihr Führer Araki sein. Dieser sei der einzige Mann, der wirklich in der Lage sei, endlich die politischen Reformen durchzuführen, die den nationalen Forderungen entsprechen. Er kenne die Nöte und Schwächen seines Volkes. Er sei ein Sohn seines Volkes, und werde, wenn er an der Spitze einer solchen Regierung stehe, das tun, was einem volksnationalen Diktator zustehe.

Riesenskandal in Amerika.

Das amerikanische Schatzamt ist seit einiger Zeit lebhaft bemüht, hinter die Einzelheiten einer riesenhaften Goldspekulation zu kommen, die zwischen Amerika und London im Gange ist, um einen Skandal nach Möglichkeit zu unterdrücken. Es handelt sich darum, daß seit einiger Zeit die täglichen amerikanischen Goldnotierungen mehrere Minuten, bevor sie an die Federal Reserve Bank ausgegeben und sodann an die Presse bekanntgegeben werden, durch eine bisher nicht ermittelte Stelle an die europäischen Börsen, insbesondere nach London, mitgeteilt werden. Durch diese Machenschaften kommen die europäischen Goldländer in die Lage, zum Nachteil der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Steuerzahlers Unsummen zu verdienen. Welche Quelle den Goldpreis den europäischen Börsen verrät und durch welche Kanäle die Mitteilung geht, ist bisher unbekannt geblieben.

Das Schatzamt ist verzweifelt bemüht, diese Quelle der Indiskretion zu entdecken. Der Goldpreis wird täglich gegen 9,30 Uhr mündlich oder telephonisch von Finanzminister Morgenthau, dessen Unterstaatssekretär Early Bailie und dem Präsidenten der RFO Jones festgesetzt. In der amerikanischen Öffentlichkeit hat dieser Skandal viel Staub aufgewirbelt.

Zentrumsführer vor Gericht.

Der erste Volksvereinsprozeß in München.

Vor der Großen Strafkammer in München-Gladbach begann am Montag der sogenannte kleine Volksvereinsprozeß und eröffnete damit den Reigen der Verhandlungen, welche die geschäftlichen und politischen Vorgänge beim Volksverein für das katholische Deutschland untersuchen und klären sollen. In dem großen Volksvereinsprozeß ist eine erhebliche Zahl ehemaliger Zentrumsführer, Marx und die ehemaligen Minister Stegerwald und Braun verwickelt. Der Hauptteil dieses Prozesses wird jedoch erst im nächsten Jahr verhandelt werden.

In dem sogenannten kleinen Volksvereinsprozeß richtet sich die Anklage gegen den früheren Direktor Dr. Hohn, der sich übrigens dem Zugriff der deutschen Behörden entzogen hat, des weiteren gegen den früheren Reichstagsabgeordneten des Zentrums Prof. Dr. Dessauer (Frankfurt a. M.) und dessen früheren Privatsekretär Dr. Knecht. Die Anklage wirft Dr. Hohn, der sich zuletzt in Wien aufhielt, Untreue zugunsten einer dritten Person vor. Er habe Anteile der Carolus-Druckerei G. m. b. H. in Frankfurt, der Herausgeberin der „Rheinischen Volkszeitung“, aus dem Besitz des Volksvereinsverlags zu dessen Nachteil, erheblich verbilligt, dem Prof. Dr. Dessauer verkauft. Dr. Dessauer, gegen den Haftbefehl erlassen worden ist, soll ihn dazu angestiftet und Dr. Knecht soll dabei Beihilfe geleistet haben. Dr. Dessauer, der in Frankfurt außerordentlich angesehen war, ist bereits vor einer Woche in München-Gladbach eingeliefert worden. Für die Verhandlung sind vorläufig 10 Tage angesetzt.

Im Mittelpunkt des Volksvereins-Prozesses stand die

Vernehmung Dr. Krupps von Bohlen-Halbach.

Der Hauptangeklagte Professor Dr. Dessauer hatte, wie erinnerlich, Anteile des Verlages an der Frankfurter Carolus-Druckerei in Höhe von 105 000 Reichsmark zu pari an den Landesverräter Mühlon weiterverkauft, der in einem während des Krieges erschienenen Buch: „Verheerungen in Europa“ behauptet hatte, daß das deutsche Volk den Krieg gewollt habe und daß Krupp bereits ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn davon gewußt und seine Werke dementsprechend auf Kriegsbedarf eingestellt hatte. Die Frage des Staatsanwalts, wie Mühlon zu der Behauptung käme, daß Krupp schon ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn von dem Kriegsausbruch gewußt habe, wies der Zeuge zurück. Auch die Frage, ob er von sich aus seinen Betrieb auf diesen Krieg eingestellt habe, verneinte der Zeuge entschieden. In der ersten Hälfte des Juni 1914 sei er in England gewesen und habe dort allseitig offene Tore gefunden. Allerdings habe er dort zum erstenmal sehr viel über eine Kriegsmöglichkeit zwischen England und Deutschland gehört. Es wurde davon gesprochen, worauf er immer wieder nur erklären konnte, daß in Deutschland kein Mensch an einen Krieg zwischen Deutschland und England denke, denn man wisse sehr wohl, daß ein Krieg zwischen den beiden Ländern zum Nachteil beider sei.

Der Staatsanwalt wünschte dann Aufklärung über die Frage, ob Deutschland in den Krieg eingetreten sei, ohne besondere Vorbereitungen getroffen zu haben. Der Zeuge gab zur Antwort, daß bei Ausbruch des Krieges Sprengstoffe in größeren Mengen in Deutschland nicht vorhanden gewesen seien.

Krupp betonte, daß Deutschlands Mangel an Sprengstoffen in den Herbstmonaten 1914 unendlich viel Menschenleben gekostet habe. Schon allein diese Tatsache sei ein Beweis, daß Deutschland nicht an einen Krieg gedacht und ihn auch nicht gewollt hat. Aus diesem Grunde sei Mühlons Behauptung in jeder Beziehung falsch.

Trotzdem habe die Entente diesen und anderen Behauptungen Glauben geschenkt. Mühlons Verhalten habe das Ansehen Deutschlands schwer geschädigt, da das Ausland die Kriegsschuld nur auf Deutschland abwälzen konnte. Auf weitere Fragen brandmarkte Dr. Krupp das Verhalten der ins Ausland geflüchteten Emigranten während des Krieges, das an der Verlängerung des Krieges die größte Mitschuld trage, da sie dem Ausland immer wieder versicherten, daß in Deutschland eine Revolution bevorstehe.

Zu dem Verhalten des Angeklagten Prof. Dessauer befragt, äußerte Dr. Krupp, er halte es nicht für möglich, daß ein Deutscher nach dem Kriege wieder freundschaftliche Beziehungen zu dem Landesverräter Mühlon einleite. Zu der Versicherung Mühlons, die Dessauer mehrfach zu seiner Entlastung erwähnt hatte, daß er sein Treiben bereue und daß seine Tagebücher zum großen Teil entstellt, verfälscht und ohne sein Wissen veröffentlicht worden seien, erklärt Krupp, daß er diese Versicherung nicht glaube; andernfalls wäre es Mühlons Pflicht gewesen, vor aller Öffentlichkeit zu erklären, daß er von seinen damaligen Veröffentlichungen abrücke.

Mit fremden Federn geschmückt.

Eine Züricher Ausstellung.

Die Schweizer sollen glauben, daß es im Elsaß in jeder Beziehung glänzend voran geht, seitdem Mutter Frankreich ihre schützenden Hände über das Land hält. In Zürich hat das französische „Comité Alsacien d'Etudes et d'Informations“ (Sitz Straßburg) eine Ausstellung „15 Jahre Sozialfürsorge im Elsaß“ aufgebaut, die alles, was auf diesem Gebiete vorhanden ist, als Leistung des französischen Geistes und französischer fortschrittlicher Sorge fürs Volkswohl hinstellen will. Ein paar Vorträge, zum Teil in deutscher Sprache, sollen die Wirkung erhöhen. Beispielsweise läßt man Herrn „Auguste Wicky, Maire von Mulhouse“, also der (sozialistische) Mülhauser Wahlbürgermeister, über „Sozialfürsorge im (!) Oberrhein“ reden. Auch Herr Schmidt-le-Roy, der im Elsaß jeden Verteidiger der deutschen Muttersprache als Hitler-Agenten gelyncht sehen möchte, spricht vor dem schweizerischen Publikum selbst in der Boche-Sprache über „das Elsaß und die Pfadfinderbewegung“.

Sollte das „Comité Alsacien“ gemeint haben, daß eine Ausstellung nur von schlecht unterrichteten Zürichern besucht würde, so hätte es gut daran getan, den elsässischen Blättern nicht einen Bericht mit Vorschußlorbeeren zugehen zu lassen. Auf alle Fälle haben sich auch Leute, die den „sozialen“ Sinn der Komitee-Herren kennen, veranlaßt gefühlt, sich die Ausstellung und das Drum und Dran anzusehen. Bereits in der Straßburger „Elsaß-Lothringer-Zeitung“ konnte an Beispielen gezeigt werden, daß um des Zweckes willen mit Fälschungen gearbeitet wurde: „bedeutende Werke, die in der Vorkriegszeit entstanden waren und seither ausgebaut wurden, sucht man lieber totzuschweigen, als daß man deren Ursprung und Gründung zugibt; Entwürfe und Werke aus der deutschen Vorkriegszeit werden auf das Konto der französischen Nachkriegszeit gesetzt oder durch absichtliche Unklarheit und Zweideutigkeit dem Besucher als solche suggeriert“. In anderen Fällen aber verschweigt man große soziale Leistungen der Zeit seit 1918, etwa die des Straßburger modernen Bürgerspitals und der Stadt selbst, weil diese wegen ihrer autonomistischen Verwaltung in Ungnade ist.

Das ist nur der Ertrag eines ersten flüchtigen Besuchs der Ausstellung. Manche Fälschungen sind so plump, daß sie auch dem auffallen müssen, der den Hintergedanken dieser Veranstaltung nicht von vornherein durchschaute. Das pseudo-elsässische Komitee, das hier für Einladungen und Werbedrucksachen die deutsche Sprache gebraucht, von der es zu Hause nichts wissen will, wird an diesem Züricher Schwindel sehr viel weniger Freude erleben, als sich's die übergescheiten Herren gedacht haben.

Marxistischer Personenschmuggel

an der deutsch-dänischen Grenze.

Wie mitgeteilt wird, ist es der Hamburger und der Flensburger Kriminalpolizei gelungen, einem umfangreichen Personenschmuggel von deutschen „Flüchtlingen“ nach Dänemark auf die Spur zu kommen. Volksfeindliche Elemente in Hamburg und in anderen deutschen Städten hatten ein Verfahren ausgeklügelt, mit dem sie jederzeit Flüchtlinge aus Deutschland über die sogenannte grüne Grenze nach Dänemark schaffen konnten. Die Flüchtlinge wurden von Hamburger Funktionären an bestimmte Personen nach Flensburg überwiesen, wo sie sich unter Angabe des geltenden Stichwortes meldeten. In Flensburg gelangten die Flüchtlinge dann an die Leute, die das eigentliche Hinüberschaffen über die dänische Grenze bei Nacht besorgten

Es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß die Flensburger Bande in der letzten Zeit 16 Personen über die Grenze gebracht hat, darunter auch mehrere Kommunisten. Zwei davon hatten große Summen veruntreut. Die in Flensburg beteiligten Personen sind ausnahmslos festgestellt und in Haft genommen worden.

Nationalsozialistischer Block in Schweden.

Die Bildung des schon seit langem geplanten nationalsozialistischen Blocks in Schweden ist jetzt zustandegekommen. Die Zeitungen veröffentlichen darüber folgende authentische Nachricht:

„Nach Verhandlungen zwischen Vertretern des nationalsozialistischen Verbandes der schwedischen nationalsozialistischen Sammlungspartei und selbständiger nationalsozialistischer Organisationen in Schweden ist eine Sammelorganisation, der nationalsozialistische Block, unter Führung von Martin Eckström gebildet worden. Die neue Organisation, die schon beim Start die unvergleichlich größte ihrer Art in Schweden ist, wurde gebildet unter Aufgabe aller bisherigen Sonderinteressen. Sie betont ihren festen Willen, auf nationaler und sozialer Grundlage für eine schwedische Volksgemeinschaft zu kämpfen. Infolgedessen weist sie jeden fremden Einfluß auf die Entwicklung des schwedischen Nationalsozialismus ab und nimmt ausschließlich Rücksicht auf die vaterländischen Interessen und Traditionen.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Beitritt Rußlands und Ungarns zum Roggenabkommen?

Polnischen Blättermeldungen aus Warschau zufolge sind die Verhandlungen um eine Erweiterung des deutsch-polnischen Roggenabkommens auf Ungarn und Rußland bereits aufgenommen worden. Das Ziel ist dabei die Einführung von Mindestpreisen zur Bereinigung der Konkurrenzverhältnisse auf dem Roggenweltmarkt. Da die Exportüberschüsse sowohl Ungarns als auch Rußlands in diesem Jahr im Verhältnis zu denen Deutschlands und Polens nur gering sind, werden die Aussichten für ein derartiges Mindestpreisabkommen günstig beurteilt. So weit Rußland in Frage kommt, soll eine prinzipielle Zusicherung der Russen, sich an die Preisstellung des deutsch-polnischen Abkommens zu halten, bereits vorliegen. Schwieriger dagegen ist die Einbeziehung Ungarns zu beurteilen, da gerade in den letzten Tagen Ungarn die deutsch-polnischen Roggenpreise konsequent unterbietet. Die polnische Presse weist darauf hin, daß sich neuerdings besonders in den skandinavischen Ländern Gegenmaßnahmen gegen die angebahnte Roggenpreisstützung am Roggenweltmarkt vorbereiten. Die Verhältnisse am amerikanischen Markt haben sich insofern geändert, als die amerikanische Regierung, gestützt auf die Einfuhrkontingentierung, den Markt wahrscheinlich entlasten wird durch Aufnahme der heimischen Roggenbestände für Brennzwecke.

Doch Stabilisierung des Dollars?

Berlin, 13. Dezember. (PAT.) Aus Newyork wird gemeldet, daß in dortigen Finanzkreisen hartnäckig Gerüchte verbreitet werden, wonach zwischen den Notenbanken der Vereinigten Staaten, Frankreich und England Verhandlungen über eine Stabilisierung des Dollars gepflogen werden. Trotz aller Dementis von amtlicher Seite werden diese Gerüchte nach wie vor mit aller Entschiedenheit verbreitet. In amerikanischen politischen Kreisen nimmt man an, daß im gegenwärtigen Augenblick die oppositionelle Stellungnahme der Inflationsanhänger im amerikanischen Kongreß eine Stabilisierung des Dollars nur beschleunige und daß die Regierung ein Kompromiß mit den Anhängern der Inflation anstreben werde.

Polens Butterausfuhr auf die westeuropäischen Märkte.

In der Ausfuhr polnischer Butter auf den französischen Markt ist im November d. J. eine günstige Wandlung eingetreten. Nach fast zehnmonatiger Unterbrechung konnte die Ausfuhr polnischer Butter nach Frankreich erneuert werden. Es ist schwer vorauszusehen, wie sich diese Ausfuhr in Zukunft gestalten wird. Die bisher getätigten Umsätze haben aber eine Entlastung des einheimischen Marktes von der überzähligen Produktion bewirkt. Die Wiederaufnahme der Butterausfuhr nach Frankreich hat wenigstens eine teilweise Ausnutzung der von französischer Seite Polen zugestandenen Einfuhrkontingente zur Folge gehabt.

Am belgischen Markt war die Lage nach wie vor ungünstig. Der englische Markt stand im November im Zeichen einer großen Unregelmäßigkeit, gegen Monatsende trat eine ausgesprochene Abschwächung der Konjunktur hervor. Es sei bemerkt, daß in den englischen Kühlanstalten die Buttervorräte beträchtlich zurückgegangen sind. Eine polnische Butterausfuhr nach der Schweiz konnte sich nicht entwickeln, da das schweizerisch-polnische Kontingentabkommen erloschen ist. Erst ein neues Abkommen kann die Sachlage klären.

Wirtschaftspolitik der Tatkraft und des Optimismus.

Zu den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers vor den Vertretern der deutschen und ausländischen Presse wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Persönlichkeit des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt nimmt stets, wenn er sich über seine Arbeit und deren Ziele ausläßt, vor Vertretern der Wirtschaft oder der Presse, ungemein für sich ein. Dabei ist er nicht das, was man einen „guten Redner" nennt. Die Register der Massenbeherrschung durch das Wort stehen ihm nicht zur Verfügung. Aber aus allem, was er sagt, spricht die praktische Erfahrung des Mannes, der am Werk der Wirtschaft in verschiedenen Höhenlagen mitgearbeitet hat, der von überragender leitender Stelle aus eine weite Schau gewann, dem aber andererseits seine Erfahrungen nicht zum Dogma und zu Scheuklappen gegen alles Neue wurden, sondern der sich Jugend, Frische und Unvoreingenommenheit bewahrte.

Minister Dr. Schmitt befaßte sich in den Erklärungen, die er vor der Presse abgab, nicht mit den Einzelheiten des wirtschaftspolitischen Geschehens der letzten Monate. Es kam ihm nur darauf an, den großen durchgehenden Gedanken seiner Politik sowohl für das bisher Getane wie für das in der nächsten Zukunft zu Tuende herauszuarbeiten. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß er dem einen oder anderen Vorgang, für den er schließlich die gesamte Verantwortung mitzuübernehmen hat, kritisch gegenübersteht. Das kann ihn nicht daran irre machen, den entscheidenden Erfolg der Arbeit seines Ministeriums und der gesamten Reichsregierung darin zu sehen, daß überhaupt wieder Leben in die Wirtschaft hineingekommen ist, daß die lähmende Starre wich.

Er überschätzt das Erreichte im Einzelnen nicht, sieht, daß es heute noch Wirtschaftszweige und Wirtschaftsgebiete gibt, in denen sich noch keine Erleichterung zeigt, ja, die sogar eine gew'sse Verschlechterung erfahren haben. Aber im ganzen ist der mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung gewagte große Wurf doch gelungen.

Von den durch die öffentlichen Aufträge unmittelbar befruchteten Industriezweigen ist der Funken auf die übrige Wirtschaft übergesprungen und er schätzt, daß die festzustellende Belebung zu mehr als der Hälfte eine aus der Wirtschaft selbst kommende echte und natürliche Besserung ist. Und das in einem Augenblick, in dem in der Welt draußen immer noch keine wirkliche Abflachung der Krise zu beobachten ist.

Auf diese geistig-seelische, Bann brechende Anfeuerung des schaffenswilligen und schaffensdurstigen Menschen, der im Grunde der bisherige Erfolg zu danken ist, will Dr. Schmitt auch seine künftige Politik abstellen. Es gilt ihm, alle die Tendenzen zu fördern, die geeignet sind, die gesunde Belebung der Wirtschaft zu erhalten und weiterzutragen. Und er wünscht, alles das von der Wirtschaft fernzuhalten, was die in Bewegung geratenen Massen wieder abdämmen und zum Stehen bringen könnte, selbst wenn es vielleicht in bester Absicht geschieht. Deshalb hat er seinerzeit die Durchführung des ständischen Aufbaus abgebremst und deshalb gesteht er jetzt freimütig, daß er manchem, der sich eine große seelische, geistige und faktische Abkehr von der bisherigen Wirtschaft und insbesondere von deren Form erwartet hatte, zunächst eine Enttäuschung bereiten mußte. Eine geistige Abkehr vom Alten hält auch er insofern für notwendig, als im einzelnen Menschen die Blickrichtung stärker auf die Erfordernisse des Gesamtinteresses gelenkt werden muß und der kleinliche Profitstandpunkt zurückzutreten hat. Soweit aber die Wirtschaft in neue Formen gegossen werden soll, — und das gilt auch für die Durchführung des ständigen Aufbaus, für die er schon für Anfang des nächsten Jahres wichtige Schritte voraussagt, — muß sich nach der Auffassung Dr. Schmitts dieser Vorgang

unter Schonung, Erhaltung und möglichst noch stärkerer Aktivierung derjenigen Kräfte vollziehen, denen der erste Aufschwung in den letzten Monaten dieses Jahres zu verdanken ist.

Die Betätigung und die Entschlußfreiheit des Einzelnen sollen nicht mehr eingeschränkt werden, als es das Interesse der Gesamtheit gebietet. Der wirtschaftliche Aufbau kann sich nicht aus einem aus Vertrag und Bindungen ausgeklügelten Durchschnitt, sondern nur aus einer in frischem, allerdings fairem Kampfe erzeugten Höchstleistung ergeben. Dr. Schmitt hält nichts von einer gebundenen Wirtschaft, die immer eine bequeme Wirtschaft ist, und die Ausmaß und Tempo der Leistung nach der Leistungsfähigkeit des Schwächsten bestimmt. Er wendet sich auch gegen diejenigen, die im Staat oder im künftigen ständischen Aufbau gewissermaßen eine Versicherung gegen die Wechselfälle der nicht vom einzelnen Unternehmer zu beherrschenden Faktoren der Konjunktur, der Kalkulation suchen. Er sieht in dem wirtschaftlichen Kampf, den der Einzelne mit diesen gegen ihn stehenden Mächten und — wie er sich ausdrückte — mit „Glück und Pech" zu führen hat, das „große Aktivum der privaten Wirtschaft", in der auch in Zukunft unerbittlich der Erfolg entscheiden wird. Schon mit Rücksicht auf den harten Wettbewerb, den Deutschland draußen in der Welt zu bestehen hat, ist es nach der Meinung Dr. Schmitts notwendig, daß auch in der binnenländischen Wirtschaft der anstachelnde Antrieb des persönlichen Ehrgeizes nicht fehlt. Er allein erhält frisch, jung und leistungsfähig.

Kündigt auch Polen den Zollwaffenstillstand?

In einem Teil der polnischen Wirtschaftspresse ist in diesen Tagen die Frage gestellt worden, ob ein Verbleiben Polens beim Zollwaffenstillstand noch zweckmäßig sei. Man weist dabei auf die Tatsache hin, daß bereits eine große Zahl von Staaten, die vielfach sogar als Urheber des Zollwaffenstillstandes angesehen werden können, den Zollwaffenstillstand gekündigt hat, u. a. England, Frankreich, Italien, Belgien, Estland, Finnland, Irland, Island, Litauen, Lettland, Schweden, Holland, die Schweiz, Venezuela usw. Da die Londoner Wirtschaftskonferenz mit einem vollständigen Versagen geendet hat, und es sich jetzt mehr und mehr erweist, daß das Zollabkommen nichts weiter als eine Geste für die Weltöffentlichkeit gewesen ist, so fragt es sich, ob diejenigen Staaten gut tun, die den Zollwaffenstillstand nicht kündigen. Eine Zeit lang hatte die Zollabmachung von London keine allzu große praktische Bedeutung, da sie in eine Zeit des Dollarsturzes fiel, wodurch die Beziehungen auf dem Weltwirtschaftsmarkte aus währungspolitischen Gründen weniger gefährdet waren, als vorher. Inzwischen trat eine neue Beunruhigung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse ein, und der währungspolitische Machtkampf hat zu einer gewissen relativen Stabilisierung des Kräfteverhältnisses geführt, so daß sich die Bestimmungen des Londoner Zollwaffenstillstandes als überaus hemmend erwiesen. Viele Staaten kündigten der Reihe nach das Abkommen, um in ihrer Handelspolitik wieder freie Hand zu haben.

In diesem Zusammenhang scheint die jetzt von der polnischen Presse gestellte Frage, ob Polen noch weiterhin die Bestimmungen des Londoner Zollfriedens einhalten müsse, von besonderem Interesse. Diese Frage hat jedoch kaum mehr als eine rhetorische Bedeutung. Formell hat Polen den Zollwaffenstillstand zwar nicht gekündigt, es kann sich also unter bestimmten Voraussetzungen nach völkerrechtlichen Grundsätzen auf diese Bestimmungen berufen. Praktisch jedoch hat Polen sich in dem Augenblick vom Londoner Zollwaffenstillstand abgekehrt, als es am 11. Oktober d. J. seinen neuen Zolltarif mit den erhöhten Zollsätzen in Kraft treten ließ. Es ist zwar richtig, daß die Polnische Regierung ein Jahr vorher die Änderung ihrer Zollbestimmungen angekündigt hat. Sie erhielten jedoch erst dann bindende Kraft, als das Londoner Zollabkommen für Polen noch nicht erloschen war.

Die Frage, ob Polen den Londoner Zollfrieden kündigen müsse, ist endlich noch vom Standpunkte der europäischen Handelspolitik aus zu begreifen. Ein großer Teil der Länder, mit denen Polen in Handelsbeziehungen steht, hat sich von den Londoner Bestimmungen losgesagt. Eine einseitige Anerkennung des Londoner Friedens, auch dann, wenn diese Anerkennung nur formellen Charakter trägt, ergebe für Polen keine Vorteile.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 13. Dezember auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 12. Dezember. Danzig: Ueberweisung 57,71—57,82, bar 57,73—57,84, Berlin: gr. Scheine 46,825—47 225, Wien: Ueberweisung 79,35, Prag: Ueberweisung 381 50, Paris: Ueberweisung —.—, Zürich: Ueberweisung 58,00, Mailand: Ueberweisung 214,00, London: Ueberweisung 29,06.

Warschauer Börse vom 12. Dezbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,70, 124,01 — 123,39, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,10, 359,00 — 357,20, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 29,10, 29 24 — 28,96, Newyork 5,67, 5,70 — 5,64, Oslo —, Paris 34,86, 34,95 — 34,77, Prag 26,43, 26,49 — 26,37, Riga —, Sofia —, Stockholm 150,10, 150,85 — 149,35, Schweiz 172,30, 172,73 — 171 87, Tallin —, Wien —, Italien 46,88, 47,00 — 46,76.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,37.

Berlin, 12. Dezember. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,687—2,693, London 13,685—13,725, Holland 168,68—169,02, Norwegen 68,78 bis 68,92, Schweden 70,58—70,72, Belgien 58,20—58,32, Italien 22,02 bis 22,06, Frankreich 16,40—16,44, Schweiz 81,11—81,27, Prag 12,435 bis 12,455, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,52—81,68, Warschau 47,025—47,225.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,60 Zl., do. Kanada 5,63 Zl., 1 Pfd. Sterling 28,88 Zl., 100 Schweizer Franken 171,62 Zl., 100 franz. Franken 34,72 Zl., 100 deutsche Mark 211,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,47 Zl., Ital. Lire 46,60 Zl., Belgisch Belgas 123,20 Zl., holländischer Gulden 356,70.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 13. Dezember. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	105 to	14.53—14.60	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Hafer	45 to	13.50	Peluschken	— to	—.—
Rapskuchen	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnen-		
Weizenm. 65%	10 to	30.00	blumenkuchen	— to	—.—

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Serradella, neu	12.50—13.50
Weizen	17.75—18.25	Gelbklee, abgesch.	90.00—110.00
Braugerste	14.50—15.50	Weißklee	80.00—100.00
Mahlgerste	13.00—13.25	Rotklee	170.00—200.00
Hafer	13.25—13.40	Fabrikkartoff. p. kg%	0.18½
Roggenmehl 65%	21.00—21.75	Leinkuchen	19.00—20.00
Weizenmehl 65%	30.00—31.50	Rapskuchen	15.50—16.50
Roggenkleie	10.25—10.75	Sonnenblumenkuch.	19.00—20.00
Weizenkleie, fein	10.00—10.50	blauer Mohn	55.00—58.00
Weizenkleie, grob	10.50—11.00	Senf	32.00—34.00
Raps	—.—	Leinsamen	35.00—37.00
Winterraps	40.00—42.00	Wicken	13.50—14.50
Peluschken	13.00—14.00	Netzeheu, lose	6.00—6.50
Felderbsen	15.00—17.00	Netzeheu gepreßt	7.00—7.50
Viktoriaerbsen	20.00—24.00	Roggenstroh, lose	1.25—1.50
Folgererbsen	20.00—23.00	Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	401 to	Fabrikkartoffel	30 to	Hafer	157 to
Weizen	282 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	25 to
Mahlgerste	192 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	75 to	weißer Mohn	— to	Milchkuchen	— to
Roggenmehl	43 to	Rotklee	— to	Leinenkuchen	— to
Weizenmehl	— to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	10 to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	25 to
Roggenkleie	— to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	19 to	Gerstenkleie	— to	Gersten-Schrot	— to
blaue Lupinen	30 to	Serradella	20 to	Sonnenblumen	15 to
Kartoffelflock.	15 to	Senf	— to	Preßstroh	10 to

Gesamtangebot 1521 to.

Warschau, 12. Dezember. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 20,50—21,00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 13,25—13,50, Sammelhafer 12,75—13,00, Braugerste 15,00—15,50, Mahlgerste —.—, Grützgerste 13,25—13 50, Speisefelderbsen 20,00—22,00, Viktoriaerbsen 25,00—30,00, Winterraps 41,00—43,00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 140,00—160,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 170,00—190,00 roh. Weißklee 70,00—80,00, roh. Weißklee bis 97% ger. 80,00—100,00, Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 35,00—40,00, Weizenm. (65%) 1. Sorte 30,00—35,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 25,00—30,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—23,00, Roggenmehl 24,00—25,00, Roggenmehl II 17,50—18,50, Roggenmehl III 18,00 bis 19,00, grobe Weizenkleie 11,00—11,50, mittlere 10,00—10,50, Roggenkleie 9,25—9,75, Leinkuchen 19,00—19,50, Rapskuchen 14,50—15,00, Sonnenblumenkuchen 18,50—19,00, doppelt gereinigte Seradella 11,00—12,00, blaue Lupinen 6,00—6,50, gelbe —.—, Peluschken 13,50 bis 14,50, Wicken 14,00—15,00, Winterrübsen 38,00—40,00, Sommerrübsen 39,00—41,00, blauer Mohn 55,00—60,00, Leinsamen 39,00—40,00, Soja-Schrot 23,00—24,00, Fabrikkartoffel 4,00—4,25.

Umsätze 2526 to, davon 1470 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Dezember. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	880 to	14 75
	15 to	14.65

Richtpreise:

Weizen	17.50—18.00	Klee, gelb.	
Roggen	14.50—14 75	ohne Schalen	90.00—110.00
Gerste 695—705 kg	13.75—14.00	Senf	33.00—35.00
Gerste 675—685 kg	13.25—13.50	Weizen- u. Roggen-	
Braugerste	14.75—15.50	stroh, lose	—.—
Hafer	13.00—13.25	Weizen- u. Roggen-	
Futterhafer	—.—	stroh, gepreßt	—.—
Roggenmehl (65%)	20.75—21.00	Hafer- und Gersten-	
Weizenmehl (65%)	29.50—31.50	stroh, lose	—.—
Weizenkleie	9.75—10.25	Hafer- und Gersten-	
Weizenkleie (grob)	10.75—11.25	stroh, gepreßt	—.—
Roggenkleie	10.00—10.50	Heu, lose	—.—
Winterraps	43.00—44.00	Heu, gepreßt	—.—
Sommerwicke	14.00—16.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	14.00—15.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—24.00	Blauer Mohn	50.00—55.00
Folgererbsen	21.00—23.00	Leinkuchen	19.50—20.50
Fabrikkartoff. p. kg%	—.—	Rapskuchen	16.50—17.00
Seradella	13.50—15.50	Sonnenblumen-	
Klee, rot	170.00—210.00	kuchen 46—48%	19.00—20.00
Klee, weiß	80.00—110.00	Sojaschrot	23.00—23.50

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1042 to, Weizen 135 to, Hafer 45 to, Roggenkleie 143 to, Roggenmehl 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Mahlgerste beständig.

Viehmarkt.

(Wiederholt für einen Teil unserer Auflage.)

Posener Viehmarkt vom 12. Dezember. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 500 Rinder (darunter 50 Ochsen, 105 Bullen, 345 Kühe, — Färsen, — Jungvieh), 465 Kälber, 2100 Schweine, 83 Schafe; zusammen 3148 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Zloty Preise loko Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten):

Rinder: Ochsen: vollfleisch., ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtgew., nicht angesp. 64—68, vollfleisch., ausgem. Ochsen bis zu 3 J. 58—62, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 48—52, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 40—44.

Bullen: vollfleischige, ausgemästete von höchstem Schlachtgewicht 60—64, vollfleisch., jüngere 52—56, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 44—48, mäßig genährte 40—42.

Kühe: vollfleischige, ausgemäst. von höchstem Schlachtgewicht 60—66, Mastkühe 50—56, gut genährte 40—42, mäßig genährte 28—30.

Färsen: vollfleischige, ausgemästete 64—68, Mastfärsen 58—62, gut genährte 48—52, mäßig genährte 40—44.

Jungvieh: gut genährtes 40—44, mäßig genährtes 36—40.

Kälber: beste ausgemästete Kälber 72—80, Mastkälber 64—70, gut genährte 58—62, mäßig genährte 50—56.

Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 64—70, gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe 56—60, gut genährte —.—, alte Mutterschafe —.—.

Schweine: gemästete 120—150 kg Lebendgewicht 88—92, vollfl. von 100—120 kg Lebendgewicht 82—86, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 74—80, fleischige Schweine von mehr als 80 kg Lebendgewicht 68—72, Sauen und späte Kastrate 80—88, Bacon-Schweine —.—.

Marktverlauf: ruhig.

Der auf den 26. d. M. fallende Viehmarkt wird auf den 28. verlegt.

Warschauer Viehmarkt vom 12. Dezember. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Zloty: junge, fleischige Ochsen 70—75; junge Mastochsen 75—80; ältere, fette Ochsen 65—70; Mastkühe —.—; abgemolkene Kühe jeden Alters 60—65; junge, fleischige Bullen —.—; fleischige Kälber —.—, gut genährte Kälber 80—85; kongreßpolnische Kälber —.—; junge Schafböcke und Mutterschafe —.—; Speckschweine von über 150 kg 115—120, von 130—150 kg 100—110, fleischige Schweine von 110 kg 90—100.

Danziger Schlachtviehmarkt. Amtl. Bericht vom 12. Dezember. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Auftrieb: 2 Ochsen, 37 Bullen, 102 Kühe; zusammen 141 Rinder, 99 Kälber, 83 Schafe, 2319 Schweine.

Man zahlte für 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: Gemästete höchsten Schlachtwertes, jüngere —.—, ältere —.—, sonstige vollfleischige, jüngere —.—, fleischige —.—. Bullen: jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 32—35, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 29—30, fleischige —.—. Kühe: Jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 30—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—27, fleischige 18—22, gering genährte bis —.—. Färsen (Kalbinnen): Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 34—36, vollfleischige 30—33, fleischige 25—27. Fresser: mäßig genährtes Jungvieh 20. Kälber: Doppellender bester Mast —.—, beste Mast- und Saugkälber 40—44, mittlere Mast- u. Saugkälber 30—33, geringe Kälber 10—12. Schafe: Mastlämmer und junge Masthammel, Weide- und Stallmast 28, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe 23, fleischiges Schafvieh —.—, gering genährtes Schafvieh —.—. Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgew. 44—45, vollfleisch. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew. 39—41, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 37—38, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 34—36, fleisch. Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht —.—, fleisch. Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht —.—. Sauen 34—37.

Bacon-Schweine 24.

Marktverlauf: Rinder, Kälber, Schafe geräumt; Schweine glatt.

Bemerkungen: Die notierten Preise sind Schlachthofpreise. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einschl. Gewichtsverluste.

Berliner Viehmarkt vom 12. Dezember. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 1514 Rinder, darunter 361 Ochsen, 500 Bullen, 653 Kühe und Färsen, 2636 Kälber, 2911 Schafe, — Ziegen, 15 719 Schweine, 86 Auslandsschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) 35, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 31—33, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 27—30, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 22—25. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 29, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 27—28, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 24—26, d) gering genährte 21—23. Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts —.—, b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 19—23, c) fleischige 14—17, d) gering genährte 9—13. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 31—32, b) vollfleischige 29—30, c) fleischige 24—27, d) 19—23. Fresser: 17—22.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast 42—46, b) feinste Mastkälber 35—41, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 27—33, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 18—25.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast 37—39, 2. Stallmast 35-36, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. 31—34 2. 20—30, c) fleischiges Schafvieh 24—26, d) gering genährtes Schafvieh 21—23, f) 14—20, g) —.—.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht 48—50, b) vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 46—48, c) vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 45—46, d) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 41—44, e) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 37—40, f) Sauen 40—41.

Marktverlauf: Rinder in guter Ware glatt, sonst mittelmäßig; **Kälber mittelmäßig; Schafe ruhig; Schweine mittelmäßig.**